

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: 37 Amt Dönhof 292 bis 297
Telegrammbriefe: Sozialdemokrat Berlin

BERLINER VOLKSBLATT



In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
siehe am Schluss des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Schmalzpreise steigen

Die erste Tat der Hitler-Hugenberg-Regierung wirkt sich aus

Die von der Hitler-Hugenberg-Regierung verkündete Erhöhung der Schmalzölle soll erst am 15. Februar in Kraft treten. Schon jetzt aber sind die Preise gewaltig gestiegen, pro Pfund um 10 bis 11 Pfennig. Statt jeder Stellungnahme geben wir im folgenden einen Bericht vom Schmalzmarkt:

Am deutschen Schmalzmarkt sind die Großhandels- und auch die Kleinhandelspreise im Steigen begriffen. Der Großhandel weist darauf hin, daß die Bestände infolge der Ende des verflohenen Jahres eingetretenen Kontingentierung (Drosselung) der Schmalzeinfuhr äußerst gering sind und ihn die vorhandenen geringen Bestände vom Kleinhandel sozusagen aus den Händen gerissen werden. Auf dem Berliner Markt haben sich die Preise vom Donnerstag verflohenen Woche bis zum Montag dieser Woche um 21 bis 22 Mark pro Doppelzentner erhöht. Die Berliner Großhandelsnotierung für Schmalz weist folgende Entwicklung auf:

- am 31. 12. 32, vor der Kontingentierung kostete 1 Zentner Schmalz 49—50 Mark,
- am 8. 2. 33, vor der Veröffentlichung der Schmalzerhöhung kostete 1 Zentner Schmalz 46—47 Mark,

am 11. 2. 33, nach der Veröffentlichung der Schmalzölleerhöhung kostete 1 Zentner Schmalz 57—58 Mark.

In der Fachwelt zweifelt man nicht daran, daß sich die Schmalzölleerhöhung voll auf den Konsumenten abwälzt. Es wird darauf verwiesen, daß Amerika, der größte Schmalzlieferant, seine Mitte des Jahres 1932 immerhin beträchtlichen Bestände in Mittel- und Nordamerika und auch in europäischen Ländern z. B. in Spanien untergebracht hat. Andererseits haben sich die amerikanischen Schweinebestände verringert, so daß auf dem Weltmarkt in Zukunft der Nachfrager ein verringertes Angebot gegenübersteht, was sich auch in höheren Preisen auswirken wird.

Nazis für Schmalzverteuerung

Die erste Tat des Kabinetts Hitler war die Verteuerung des Schmalzes um 20 Pfennig. Was sagt der „Angriff“ des Herrn Goebbels dazu? Tobt er gegen diese Hunger-Notverordnung wie im vorigen Jahre gegen den jetzigen Bundesgenossen Papen? O nein, am 11. Februar stellt er sich bedingungslos hinter die Regierung. Er schimpft auf die „Gazetten jüdischer und margittischer Prägung“, und bringt

Statistiken über Preise und Einfuhr, sogar zwei Schaubilder (und liefert zu einem falschen Text!), um mit Emphase festzustellen: „Das Reichskabinett unter der Führung von Adolf Hitler hat diesem Notstand wenige Tage nach der Machtübernahme ein Ende gemacht, indem die Einfuhr abgestoppt wird, der Binnenmarkt der Landwirtschaft gesichert und so dem Preisverfall Einhalt geboten wird.“

Das Wort Arbeitslose oder Arbeitslosigkeit kommt überhaupt nicht vor. Die Not der städtischen Massen existiert für den „Angriff“ nicht. Da kann er natürlich auch nicht wissen, daß die Kaufkraft der Arbeiter allein über die Preise von Vieh und Fleisch entscheidet. Daß die deutschen Bauern Deutschland mit Schweinefleisch überschwemmen müßten, um die bisher eingefuhrten Schmalzmengen zu produzieren, wird unterschlagen. Aber das wird ja nicht eintreten, da kein Arbeitsloser statt des eingefuhrten Schmalzes zu 43 Pfennig Deutschlands Schmalz zu 85 Pfennig das Pfund kaufen kann; er darf eben überhaupt kein Schmalz mehr essen.

Wir stellen fest: Die Nationalsozialisten preisen die Schmalzverteuerung als ihre erste Tat. Sie lauten dem demagogischen Landbund nach; die Interessen der großstädtischen Arbeiterbevölkerung sind ihnen völlig gleichgültig.

fordert den Korridor zurück.“ Damit wird von einem Regierungsblatt den polnischen Kriegstreibern förmlich in die Hände gespielt und das Argument geliefert, das Dementi der Wilhelmstraße sei nicht aufrichtig oder nicht ernst gemeint.

Die Regierung möge an diesem Beispiel erkennen, daß eine andere Aufgabe viel wichtiger ist, als in der Oppositionspresse nach etwaigen Verbotgründen zu suchen, nämlich im eigenen Presseladen nach dem Rechten zu sehen und dafür zu sorgen, daß die deutsche Außenpolitik nicht durch derartige Entgleisungen wie in der „Kreuz-Zeitung“ gefährdet wird.

Für die Wahrheit!

Der Blutsonntag in Eisleben Von Friedrich Stampfer

Eisleben, 13. Februar.

Was sich am letzten Sonntag in Eisleben ereignet hat, ist mehr als ein bloßes Lokalereignis. Denn das, was dort geschehen ist, kann jeden Tag wo anders in Deutschland auch passieren, zum mindesten in denjenigen Ländern, in denen die Nationalsozialisten in ausschlaggebende Machtpositionen eingerückt sind.

Das Haus des kommunistischen „Klassenkampf“ ist zerstört, keine Fenster Scheibe ist ganz, das ganze Mobiliar in Stücke geschlagen. Die dahinterliegende Turnhalle der kommunistischen Sportorganisation bietet daselbe Bild vandalischer Zerstörung. In den Krankenhäusern liegen zwei leichtverletzte Nationalsozialisten und 18 verletzte Kommunisten, davon vier schwer. Einer von ihnen ist der kommunistische Stadtverordnete Bernhard Roenen aus Halle, der eine schwere Kopf- und Augenverletzung davongetragen hat. Auch die anderen Schwerverletzten weisen Gehirnerschütterungen und Brüche der Schädelbasis auf, die von schweren Schlägen herrühren. Die Nachricht, daß sich unter den Schwerverletzten auch Kinder befinden, hat sich glücklicherweise nicht bestätigt. Ein Nationalsozialist ist seinen Verletzungen erlegen.

Wie ist es zu diesem grauenhaften Vorfall gekommen? Die Nationalsozialisten behaupten, es sei aus dem Hause des „Klassenkampf“ auf sie geschossen worden. Diese Behauptung ist nachweislich unwahr. Sie ist erst nachträglich aufgestellt worden, um die eigene Schuld zu be-

Hitler — Hohenzollern — Korridor

Ein mißglücktes Interview

Das erste persönliche Interview, das Adolf Hitler seit seiner Ernennung zum Reichkanzler einem ausländischen Journalisten gegeben hat, dürfte nicht geringe außenpolitische und vielleicht auch innerpolitische Weiterungen nach sich ziehen. Denn in diesem von einem englischen Oberst a. D. Ethernon im „Sunday Express“ von gestern veröffentlichten Interview stehen Sätze, die bereits außerhalb Deutschlands, vor allem in Polen, die größte Aufregung verursacht haben, insbesondere die Stelle:

„Ich finde, daß mit Hinblick auf die dort lebende deutsche Bevölkerung, ganz abgesehen von anderen Gründen, der polnische Korridor uns zurückgegeben werden muß.“

Innerpolitisch dürfte, namentlich bei den monarchistischen Koalitionspartnern Hugenberg und Papen, folgende im „Sunday Express“ abgedruckte Stelle nicht geringe Bestürzung hervorrufen:

„Von einer Rückkehr der Hohenzollern kann überhaupt nicht die Rede sein. Wenn wir Republik gegen Monarchie zur Entscheidung stellen würden, wäre dies ein neuer Grund zur Spaltung und zu ununterbrochenen Anrufen zu einer Zeit, in der es unumgänglich notwendig ist, daß wir ein geeinigtes Ganzes bleiben, bis wir wissen, wo wir stehen.“

Leider wird gerade diese sehr vernünftige Äußerung Adolf Hitlers dementiert und zwar deshalb, weil sie nicht in dem mit dem Obersten Ethernon vereinbarten schriftlichen Text steht.

Ob diese Äußerung in der mündlichen Unterredung gefallen ist, das zu untersuchen verbietet uns selbstverständlich unser unbedingter Respekt vor amtlichen Dementis.

Das Gleiche gilt für den Satz bezüglich des polnischen Korridors, der in Warschau bereits etwas reichlich aufgeregt als eine „Kriegserklärung“ bezeichnet wird.

An zuständiger Stelle wird erklärt, daß die Unterredung zwischen Hitler und Ethernon bereits am 7. Februar stattgefunden hat, und zwar für die „Daily Mail“ bezw. für die Blätter des Rothermere-Konzerns. Warum der Oberst Ethernon mit seiner Sensation zur Konkurrenz

gegangen ist und das Interview in einem Blatt des Beaverbrook-Konzerns veröffentlicht hat, entzieht sich unserer Kenntnis, ist aber für die Beurteilung des Tatbestandes ziemlich nebensächlich. Im übrigen wird man abwarten müssen, ob der Oberst a. D. Ethernon etwas zu diesem amtlichen deutschen Dementi zu bemerken hat. Wir für unseren Teil haben einstweilen nur zu bemerken, daß der neue deutsche Regierungschef bisher keine sehr glückliche Hand mit seinen für die englische Presse bestimmten Äußerungen gezeigt hat, nachdem bereits in der vergangenen Woche seine angebliche in der „Times“ wiedergegebene kritische Äußerung gegen die antienglische Tendenz des Hugenbergischen U-Boot-Films „Morgenrot“ alsbald dementiert wurde. Hier liegt nun er zweite Fall nachträglich dementierter Äußerungen vor.

Und die Karol von der Geschichte:

„Kanzler schmälern ist nicht schwer, Kanzler sein dagegen sehr.“

Kriegsgeschrei in Polen

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Warschau, 13. Februar.

Die außenpolitischen Erklärungen Hitlers an ein englisches Sonntagsblatt haben die polnische Öffentlichkeit alarmiert. Die Rückgabe des polnischen Korridors wird in der gesamten polnischen Presse als „japanische Provokation“ bezeichnet und die polnische Regierung aufgefordert, unverzüglich Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Die nationalsozialistische Presse malt bereits einen Krieg zwischen Polen und Deutschland an die Wand. Der „Kraukauer Illustrierte Kurier“ dankt Hitler, daß er „das wahre Antlitz Deutschlands enthüllt und auf diese Weise auf die Gefahr aufmerksam gemacht habe, die der Welt von Seiten des grenzenlosen deutschen Imperialismus drohe“. Das Abendblatt „ABC“ schreibt: „Wir haben vom deutschen Kanzler anstatt seiner angekündigten Friedensdeklaration eine einschneidende Ankündigung des Krieges gehört. Diese Provokation darf nicht unbeantwortet bleiben.“ Das gemäßigtere Rechtsblatt „Kurjer Warszawski“ erklärt, daß eine Durchführung der hitlerischen Ankündigung nur den Krieg bedeuten könne. Das Regierungs-

blatt „Express Vorony“ sieht in dem Interview einen innerpolitischen Ablenkungsversuch Hitlers, der angeht seiner Unfähigkeit, den Massen Brot und Arbeit zu geben, diese mit dem Blutwort „Korridor“ abspalten möchte.

Es bleibt nun abzuwarten, ob sich die Aufregung in Warschau legen wird, wenn man dort erfährt, daß inzwischen in Berlin die Stelle des Interviews über den Korridor amtlich dementiert worden ist, da sie nicht in dem schriftlich vereinbarten Text steht.

Bedauerlich ist es allerdings, daß nichtsdestoweniger ein der Reichsregierung nahestehendes Blatt wie die „Kreuz-Zeitung“, die bekanntlich jetzt Organ des Stahlhelm ist, diese amtlichen Beschwichtigungserfolge durchkreuzt.

Die amtliche Erklärung der Wilhelmstraße hat nämlich die „Kreuz-Zeitung“ nicht gehindert, in großer Aufmachung zu vertünden: „Hitler

Berlin bleibt rot!

Unsere nächsten öffentlichen Partei- und Betriebs-Veranstaltungen:

- 7. Kreis — Charlottenburg: Donnerstag, den 16. Februar, 20 Uhr, im Türkischen Zelt, Charlottenburg, Berliner Str. 53. Referent: Erich Lübke, M. d. R.
- 10. Abt. — Tiergarten: Freitag, den 17. Februar, 19.30 Uhr, Eiserner-Front-Versammlung im Schultheiß-Patzenhofer, Turmstr. 26. Referent: Kurt Heinig, M. d. R.
- 22. Abt. — Wedding: Mittwoch, den 15. Februar, 19.30 Uhr, in der Hochschulbrauerei, Amrumer-, Ecke Seestr. Referent: Dr. Kurt Löwenstein, M. d. R.
- 25. Abt. — Wedding: Mittwoch, den 15. Februar, 19.30 Uhr, im großen Saal der Hochschulbrauerei, See-, Ecke Amrumer Straße. Referent: Karl Litke, M. d. R.
- 124. Abt. — Mahlsdorf: Dienstag, den 14. Februar, 19.30 Uhr, bei Anders, Mahlsdorf, Bahnhofstr. 35/37, „Gegen Bürgerkrieg und Terror — für ein freies, sozialistisches Deutschland“. Referent: Dr. Kurt Mischler.
- Loewe Radio und Bewag: Dienstag, den 14. Februar, 16.15 Uhr, Belegschaftsversammlung der Eisernen Front im Viktoriagarten, Lankwitz, Siemens-, Ecke Viktoriastr. Referent: Karl Litke, M. d. R.
- 82. Abt. — Steglitz: Donnerstag, den 16. Februar, 20 Uhr, Kundgebung in der Aula des Gymnasiums, Steglitz, Heesestr. 15. Referent: Dr. Richard Lohmann.
- Knorrbröms: Donnerstag, den 16. Februar, 15.15 Uhr, Fraktionsversammlung mit Sympathisierenden bei Fiedler, Lichtenberg, Sonntag- Ecke Ludwig-Lehmann-Straße. Referent: Max Heydemann, M. d. L.
- 85. Abt. — Tempelhof: Sonnabend, den 18. Februar, 20 Uhr, in der Aula des Realgymnasiums, Tempelhof, Kaiserin-Augusta-Straße. Referent: Dr. Richard Lohmann.

männlein. Eine objektive Untersuchung kann gar kein anderes Ergebnis haben als das hier festgestellte.

Wäre aus dem Hause, das übrigens kein massives Gebäude ist und ungefähr nur die Größe eines Berliner Siedlungshauses besitzt, geschossen worden, so hätten die Nationalsozialisten zu allererst die Pflicht gehabt, dies der Polizei mitzuteilen und sie um Schutz zu ersuchen. Statt dessen ging die SA ohne weiteres zum Sturm gegen das Haus vor, worauf die im Hause anwesenden Kommunisten sich zur Wehr setzten, aber von den überlegenen Kräften der SA zusammengeschlagen wurden. Genau derselbe Vorgang spielte sich in der benachbarten Turnhalle ab. Die Turnhalle liegt an einer Straße, an der die SA planmäßig gar nicht vorbeimarschieren sollte. Dort war gerade eine Schar von Kindern mit ihren Müttern zu einem Kindernachmittag versammelt, und von dort soll ein Kommunist auf die SA geschossen haben, die in der Stärke von 520 Mann vor dem Hause aufmarschiert war, während sich im Innern höchstens 20 bis 30 Erwachsene befanden? Der Mann, der diesen Schuß auf die SA abgegeben haben soll, müßte ein Wahnsinniger gewesen sein!

Die Regierungspresse, der Hugenbergische „Montag“ voran, hat berichtet, die Kommunisten hätten sich hinter Kindergruppen versteckt und über diese hinweg geschossen. Bekanntlich schämen selbst die schlimmsten Raubtiere ihre Jungen. Man kann sich also ein Bild von der Verwerflichkeit der margistischen Untermenschen machen, die kleine Kinder als Kugelfang benutzen! Selbst der dümmste Spiegbürger müßte hier eigentlich bemerken, daß es sich um eine ausgeglichene Kriegsgreuelige handelt. In Wirklichkeit hat sich die Geschichte in der Turnhalle so abgespielt, daß die SA in die Halle eindrang, die wenigen männlichen Erwachsenen, die anwesend waren, niederschlug und die ganze Einrichtung zertrümmerte, während Kinder und Frauen, in einer Ecke zusammengedrängt, zitternd und schreiend dem grauenhaften Schauspiel zusahen.

Die Sache steht nun so, daß die Nationalsozialisten das Märchen von dem Schuß, der diesen Sturm veranlaßte, unter allen Umständen aufrechterhalten müssen. Kommunistische Sportorganisation bietet denn wäre es nicht wahr, daß die Nationalsozialisten die Angegriffenen waren, dann müßten ja alle anständigen Menschen gegen sie als die brutalen Angreifer zusammenstehen, und in Eisleben könnte man nicht mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen gegen die Kommunisten vorgehen, sondern alle Schärfe der behördlichen Maßnahmen müßte sich gegen die SA und ihren Führer, den Herrn v. Alvensleben, richten. Dies würde aber dem Lauf der Weltgeschichte, wie er jetzt von oben vorgeschrieben ist, widersprechen — und darum müssen die Kommunisten einen Feuerüberfall auf die SA veranlassen haben, und alles, was diese tat, darf nur ein Akt gerechter Notwehr gewesen sein.

Und darin besteht die grundsätzliche Bedeutung des Ereignisses von Eisleben. An jedem Tag kann in irgendeiner anderen Stadt ein Gebäude, das sich im Besitz einer Arbeiterorganisation befindet, in ähnlicher Weise angegriffen werden, und immer wird für die Angreifer die Notwendigkeit bestehen, zu behaupten, daß sie die Angegriffenen gewesen wären. Einen Schutz gegen diese Methode könnte nur eine Polizei bieten, die sich von allen Parteien unabhängig weiß und nach allen Seiten hin mit gleichmäßiger Gerechtigkeit mutig waltet.

Das Kommando der städtischen Polizei von Eisleben hat bisher den besten Willen gezeigt, nach allen Seiten unparteiisch zu bleiben, wie es ja dem Wesen des jetzt gestürzten preussischen Regimes entsprochen hätte. Das Verhalten der Beamten am letzten Sonntag war auch, den Umständen angemessen, einigermaßen einwandfrei. Inzwischen ist aber der Kommandant beurlaubt worden, und die gesamte Polizei des Regierungsbezirks wird von oben her gründlich „gereinigt“. Beurlaubt sind der Regierungsvizepräsident Corneel in Merseburg, Polizeipräsident Dagle in Halle, Polizeipräsident Krüger in Weißenfels und Oberregierungsrat Friedberg vom Polizeipräsidentium in Halle. Die Untersuchung liegt in den Händen der Staatsanwaltschaft.

Unter einigermaßen normalen politischen Verhältnissen könnte man dem Ereignis dieser Untersuchung mit der größten Ruhe entgegensehen, denn der Tatbestand liegt vollkommen klar. Die Nationalsozialisten haben sich eines unprovozierten Angriffs auf Menschenleben und Eigentum schuldig gemacht, und die Kommunisten haben in der

Bolz gegen die Nazis

Eine kräftige Rede des württembergischen Staatspräsidenten

Stuttgart, 13. Februar.

Auf dem württembergischen Parteitag des Zentrums in Ulm sprach Staatspräsident Bolz über die durch den Regierungswechsel im Reich und die Auflösung des Reichstags geschaffene politische Lage.

Er bezeichnete alle jetzt zu beobachtenden Massentendenzungen, Fackelzüge und dergleichen als einen „sinnlosen Taumel“, als einen Kaufsch, aus dem es bald ein böses Erwachen werden geben müssen. Das Volk verlange statt dieser Verheerungen und maßlosen Aufreizungen Taten, es verlange, satt zu werden. Bei der stolzen Ankündigung eines Vierjahresplans sei wohl manchem Arbeiter und Bauern bange geworden, da es auch unter dieser „nationalen Volksregierung“ noch so lange dauern soll, bis er über das Elend hinweg ist.

Wörtlich fuhr Staatspräsident Bolz fort: „Wenn man von einem Vierjahresplan redet, dann muß man auch einen haben! Wenn man zehn Jahre lang das Volk verheißt und ihm alles Wohlergehen versprochen hat, dann muß man bei Ueberrahme der Regierung auch wissen, was man will.“

Wenn sie sagen, daß sie einen Plan haben, so sage ich Ihnen auf Grund un-

ferer Besprechungen mit den Nationalsozialisten: Sie haben nichts! Sie sind froh, für alles, was man ihnen offeriert, sie heißen an, wie die Fliegen am Honig! Man wollte den Aufruf der Reichsregierung an allen Plakatäulen anschlagen und in den Schulen verteilen. Das letztere haben wir verhindert! Wir haben verboten, daß dieser Aufruf in den Schulen verteilt wird! (Stürmischer Beifall.)

Wir haben aber nichts dagegen, daß dieser Aufruf an den Plakatäulen hängt. Wir haben den Frauen, daß die noch nicht ganz Berauschten sich fragen: Was soll mir das helfen? Das Aller schlimmste aber ist die Rechtsunsicherheit, für die der Fall Preußen ein Signal ist. Recht muß Recht und Verfassung muß Verfassung bleiben, auch wenn sie uns nicht gefallen. Es ist nicht wahr, daß in Preußen keine verfassungsmäßige Regierung zustande zu bringen war. Nationalsozialisten und Zentrum haben auch Personen dafür vorgeschlagen, aber Herr von Papen hat jedesmal erklärt: Die Rufe paßt mir nicht, und wenn er gewählt wird, wird trotzdem das Reichskommissariat nicht aufgehoben! Darum geht es in diesem Wahlkampf um das Recht, die Verfassung und die politische Freiheit!

Zeit einiger Zeit ist der Geist von Potsdam, der preussisch-militärische Geist, wieder lebendig geworden. Das ist der Geist, der den Krieg bis zum Weißbluten geführt und uns in die furchterliche Niederlage hineingeführt, der den Zusammenbruch verschuldet hat und in Wirklichkeit die Ursache unseres heutigen Elends ist. So war der Geist von Potsdam im Krieg unser Unglück und er scheint es auch im Frieden werden zu sollen.

Das Zentrum — so schloß Staatspräsident Dr. Bolz — wäre bereit gewesen, mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen sich zu verständigen. Nicht Hitler, sondern Hugenberg habe diese Möglichkeiten zerschlagen, um das Zentrum und damit den Katholizismus in Deutschland auszuschalten. Das sei aber eine ebenso schwere Gefahr für Deutschland, als wenn man unter dem Schlagwort des Kampfes gegen den Marxismus jene großen Teile der Arbeitermassen, die eine positive Stellung zum Staat gefunden und betätigt hätten, in den bolschewistischen Topf wirft und ihnen den Krieg erklärt. Eine solche Politik müsse sich in Revolutionen ausreifen! Um dies zu verhindern, müsse die Reichstagswahl zu einem Entscheidungskampf für die Rechte des Volkes werden.

Aus dem braunsten Deutschland

Faschistentreiben in Eisleben

F. St. 13. Februar.

In der Augenklinik des Dr. Rücke liegt der Kaufmann Karl Helft, ein Mann, der im wirtschaftlichen Leben der Stadt eine angesehenere Stellung einnimmt, aber nichtsdestoweniger ein aufrechter Republikaner ist. Am letzten Donnerstagabend ging er allein über den Marktplatz, als etwa 30 Nationalsozialisten über ihn herfielen. Sie warfen ihn zu Boden und traten ihn

mit den Stiefelabsätzen ins Gesicht.

Der ganze Körper ist mit Verletzungen bedeckt. Die schlimmste ist die am linken Auge: Riß der Hornhaut. Der Arzt hofft jedoch die Sehkräfte erhalten zu können.

Draußen am Berg, am Rande der Stadt, steht ein kleines Proletarierhaus. Vor diesem Hause stand am Sonntagnachmittag der Arbeiterportier Erich Siebert. Der Zug der SA, der später auf dem Breiten Weg vandalisch hauste, kam dort vorbei. Einige Leute sahen das Abgehen des Arbeiterportiers, sprangen auf ihn zu und rissen es ihm ab. Der Mann stürzte in das Haus und schloß die Tür hinter sich zu. Im nächsten Augenblick war die Türöffnung eingeschlagen, dann klickten die Fenster, Schüsse knallten und ein brauner Haufen stürmte die Treppen hoch. Sie trafen nur zwei arme Proletarierfrauen, von denen die eine Spuren erlittener Mißhandlung im Gesicht trägt, und eine Schar verängstigter Kinder. Ein Teil des Mobiliars ging in Trümmer.

Der Sturm auf das Arbeiterhaus wurde nachträglich damit motiviert, daß aus ihm ein Schuß gefallen sei.

Wo Nazis stürmen, muß immer ein Schuß gefallen sein.

Auf dem Breiten Weg stehen Scharen Neugieriger und stecken die Köpfe zusammen. Polizisten aus Halle, mit Karabinern bewaffnet, stehen vor dem Haus, in dem die Filiale des hiesigen „Klassenkampf“ untergebracht war. Das Haus ist abgesperrt und leer, niemand darf es betreten. Das zertrümmerte Schaufenster ist mit Brettern vernagelt, alle Scheiben sind zertrümmert. Vor der

Turnhalle, die hinter der „Klassenkampf“-Filiale in einer Nebengasse liegt, daselbe Bild.

Man darf sich die Situation nicht etwa so vorstellen wie im Hamburger Gängeviertel. Das kommunistische Parteieigentum steht völlig isoliert zwischen soliden Bürgerhäusern. Uebrigens sollte nach dem Plan, der mit der Polizei verabredet war, die SA dort gar nicht vorbeikommen. Ihr Führer, Herr von Alvensleben, hatte aber den Plan eigenmächtig geändert und hatte seine Leute zum kommunistischen Parteihaus geführt, wo — nach der Darstellung der Regierungs-

Nazi-Terror in Potsdam

Angriff auf das Potsdamer „Volksblatt“

Zu ihrer ersten Wahlkundgebung tief am Montag die Sozialdemokratische Partei Potsdam auf. Sturm 6 der SA war dazu ausersehen, die Versammlung im Konzerthaus zu sprengen. Die Störungs- und Sprengungsversuche konnten jedoch vereitelt werden.

Bei der Ansahrt Erich Kultners zum Konzerthaus ereignete sich der erste Ueberfall auf den Genossen Kultner, der aber glimpflich oblie, da ausreichender Reichsbannerschutz da war. Während der Versammlung und auch nach der Versammlung bis nach Mitternacht standen Potsdams Straßen unter nationalsozialistischem Terror.

Besonders große Ansammlungen von Nationalsozialisten waren an der Ecke Brandenburger und Waisenstraße, an der sich die Geschäftsstelle des sozialdemokratischen Potsdamer „Volksblatts“ befindet. Die großen Schaufensterscheiben wurden durch Steinwürfe zertrümmert. Obwohl in der Brandenburger Straße zwei Schupobeamte vor der Geschäftsstelle standen, wurden zwei scharfe

preffe — die Kommunisten im Hinterhalt lagen. Die Kommunisten mußten also gewohnt haben, daß Alvensleben seine Leute an ihnen vorbeiführen würde, sonst hätten sie sich doch gar nicht „in den Hinterhalt legen“ können.

Die Wahrheit ist, daß die Kommunisten, die

zur selben Stunde einen Kindernachmittag

veranstalteten, vom Sturm der SA auf ihr Haus überrascht wurden und sich, so gut sie konnten, zu wehren verjuchten, wobei einer der Angreifer sein Leben verlor. Auf dem Marktplatz erklärte Herr von Alvensleben, der tote SA-Mann sei für das Vaterland gefallen, und kündigte zehnfache Rache an. Die 18 Schwerverletzten im städtischen Krankenhaus sind ihm noch nicht genug!

Schulle in der Brandenburger Straße in die Schaufensterreihen gefandt.

Feldjäger ist, daß trotz großen Polizeieinsatzes die Polizei des Terrors nicht Herr geworden ist.

Neue Verbote

„Berlin am Morgen“ auf 14 Tage verboten

Der Polizeipräsident hat die kommunistische Zeitung „Berlin am Morgen“ auf 14 Tage verboten.

Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte gestern ein Extrablatt herausgegeben, in dem die blutigen Vorgänge in Eisleben eingehend behandelt wurden. Sämtliche Verteiler dieses Extrablattes sind festgenommen und die noch vorhandenen Exemplare des Extrablattes beschlagnahmt worden. Bis um 23 Uhr waren etwa 30 Verteiler in den verschiedenen Stadtteilen von der Schupo festgenommen worden.

Zug begleitenden Polizeibeamten veranlaßten die Nationalsozialisten, das Haus wieder zu räumen, nachdem an Ort und Stelle festgestellt worden war, daß Waffen nicht vorhanden waren.

Beim Eintreffen des Zuges im Breiten Wege wurde eine größere Anzahl von Kommunisten von der Polizei in das Grundstück Breiter Weg 30 (Klassenkampf-Gebäude) abgedrängt. Trotzdem kam es jedoch in dieser Straße zu Zusammenstößen. Von K.B.D.-Seite sind mehrere Schüsse gefallen. Ein Nationalsozialist aus Halle, Paul Berg, wurde durch Brust- und Kopfschuß getötet, ein anderer schwer verletzt. Weitere vier Nationalsozialisten erlitten leichtere Verletzungen. Von den Kommunisten sind 24 verletzt, darunter zehn bis zwölf schwer. Einem dieser Verletzten, dem kommunistischen Parteisekretär Bernhard Koenen, mußte inzwischen die rechte Hand amputiert werden. Bei drei der Verletzten Kommunisten besteht Lebensgefahr. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen zur Klärung der Schuldfrage sind noch nicht abgeschlossen.

Notwehr gehandelt. Das wird die Regierungspresse aber nicht davon abhalten, den Vorfall von Eisleben als ein neues Argument für das Verbot der kommunistischen Partei zu gebrauchen. Und kommt man aus Berlin heraus, so merkt man alsbald, was den Stand der sogenannten öffentlichen Meinung betrifft, einen großen Unterschied. Alles, was sich hier bürgerliche Presse nennt, ist nationalsozialistisch oder, bestenfalls, deutschnational. Die Bürgerleute von Eisleben werden es also nie anders erfahren, als daß die armen Nationalsozialisten von den Kommunisten überfallen worden sind und daß die Kommunisten im Kampf ihre eigenen Kinder als Kugelfang benutzt haben. Glücklicherweise ist ja, wie schon gesagt, kein einziges Kind ernstlich verletzt. Das dürfte dann auch nur ein Beweis für den „Edelmüt“ der SA sein.

Trotzdem — der Glaube an Recht und Gerechtigkeit ist in Deutschland nicht tot, und die Wahrheit wird sich durchsetzen!

Eine amtliche Darstellung

Halle a. d. S., 13. Februar.

Das Polizeipräsidentium Halle teilt mit: Die NSDAP. veranstaltete am 12. Februar nachmittags einen Umzug in Eisleben vom Landbunthaus aus. Um die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und um den Umzug reibungslos zur Durchführung zu bringen, waren umfangreiche polizeiliche Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. In der Funkstraße kam es bereits zu einem geringfügigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. In der Kreisfelder Gasse ertönten plötzlich Rufe aus der Menge, daß aus dem Grundstück Nr. 74 geschossen worden sei. Nationalsozialisten drangen darauf in das Grundstück ein, um nach den Tätern zu suchen. Die den

„Straßer? — nicht sehr wichtig!“

Augenblicksbilder aus dem Hakenkreuzlager

Von den vielen uns zugehenden Zuschriften, die sich mit Herrschaften des Dritten Reichs beschäftigen, den Führern und den von ihnen — Geführten, vor öffentlichen wir einige charakteristische.

Betriff da dieser Tage ein blondes Mädel einen Nazisaden im Süden Berlins. Der Verkäufer, in der Meinung eine echte Hittlerke vor sich zu haben, beeilt sich, ihr alle Herrlichkeiten des Ladens zu zeigen. Es gibt da die gute Nazi-Schokolade („Für deutsche Arbeit! Gegen Trübsal und Konjunktur!“), Führer-Schallplatten, das echte Nazi-Briefpapier und — der Clou des Tages! — SA-Puppen mit Lokalen. (Wie sagte doch Röhm? „Man muß sich eben an meine Eigenart gewöhnen!“) Aber das blonde Mädel hat andere Interessen: „Haben Sie nicht eine Schallplatte von Straßer?“ — „... von Straßer?“ — „Ja, eine Schallplatte von Gregor Straßer?“ — Der Nazi bedauert. — „Na, dann haben Sie doch aber Bücher über ihn?“ — Unverständlich wird jetzt die gesamte Straßer-Literatur herbeigeschafft. Da gibt es einen Band gesammelter Reden, zwei Biographien, Broschüren und so fort. Aber statt seine Ware anzupreisen, wie er es bisher getan, meint gleichsam abwehrend der getreue Wamelut: „Gregor Straßer — der ist doch jetzt nicht mehr so wichtig.“ — Wir wissen nicht, wie das Gespräch weitergegangen ist. Armer Gregor, wo blieb dein Ruhm?

Ein Nazi-Student sagt die Wahrheit

Wenn die Berliner Nazi-Studenten sich in den letzten Semestern durch Universtitätskrawalle politisch betätigten, erfuhr man am nächsten Tage im „Angriff“ oder „Völkischen Beobachter“, daß nur die „fremden Provokationen der Sozialdemokraten und Kommunisten“ daran Schuld wären. Auch die Universtitätsbehörden schienen zu glauben, daß die kleine Zahl sozialistischer Studenten, die — früher — mehr als doppelt so große Zahl der Nazi-Studenten angegriffen hätte, und relegierten aus diesem Grunde mehrfach sozialistische Studenten. Die Schuldfrage wird in einem Aufsatz eines nationalsozialistischen Studentenführers in einer Nummer der jetzt auch verbotenen „Schwarzen Front“ eindeutig geklärt. In einem Aufsatz „Hitler-Partei hat weder den Mut zum liberalistischen Parlamentarismus, noch den zur revolutionären Bewegung“ steht folgendes Bekenntnis: „Während der letzten Zeit der Seevering-Regierung in Preußen hatte ich die Nazis an der Berliner Universtität zu führen und trieb vorher und nachher in meinem beschränkten Rahmen Politik. Nach besten Kräften (von hier an bis zum Schluss im Original gesperrt gedruckt) habe ich Krawalle gegen die roten unter den Studenten, der preußischen Regierung und Polizei inszeniert, Wahlen gemacht, geprügelt und prügeln lassen, bewußte Gemeinheiten auf den Gegner gehäuft und war unehrlich gegen Leute, die ich persönlich verehrte.“ Außer dem Rektor und Senat der Universtität wird wohl niemand überrascht sein, daß diese erprobten nationalsozialistischen Kampfmethoden auch von den Nazi-Studenten gegen ihre Gegner angewandt werden. Wann also werden die Relegationen gegen die linken Studenten, die sich nur gegen diesen Nazi-Terror verteidigt haben, zurückgenommen? H. K.

Die Jungen schleifen die Alten

Draußen, zwischen Kiefern und Sandbergen, läßt die SA jeden Sonntag, Stundenlang hört

man nichts als Kommandieren und Schimpfen. Und wie sie das können, die „Herren Führer“, die man weit eher als grüne Lungs bezeichnen könnte. Es macht ihnen ersichtlich Spaß, die alten Leute anzuschmauzen, wenn sie die Lieblingen aus ihrer Schulzeit nicht mehr beherrschen. Grauhäarige machen da die einfachsten Marschübungen, als wenn sie Kinder wären. Ob sie es in ihrem Geiste noch sind oder ...? „Alles könnt ihr machen, bloß dämlich dürft ihr euch nicht benehmen“ brüllt ein etwa 20jähriger „Untersführer“ sie an. Letzteres ist aber offenbar eine Dauererscheinung. Hinlegen, kriechen, Deckung suchen, auf, nieder — — ach, und die neuen Uniformen. Also Bauch hochhalten. Schon schnauzt der Grünlings, daß ein Sadist keine Freude daran haben

kann. Dem Normalmenschen aber steigt die Schamröte ins Gesicht. Wann wird diesen Schindern das Handwerk gelegt werden? Uebrigens scheinen die Opfer selber schon nachdenklich zu werden. Bei niemandem ist ernsthaftes Bemühen zu sehen. Alle zeigen eine Schläftheit, die geradezu gottvoll ist. Das grenzt schon an passiven Widerstand. Dämmt da schon etwas Einsicht oder sind sie so sehr geistesarm? Auf jeden Fall, ihr Klassenbewußten Proletarier, wo ihr mit SA-Leuten, mit Nazis sprechen könnt, zeigt ihnen die wahren Ziele des arbeitserfindlichen Nationalsozialismus, kärt sie über den Mißbrauch auf, den diese Schnösel mit ihnen treiben wollen. Gebt ihnen vor allen Dingen unsere Presse, den „Vorwärts“ und unsere Werbeschriften.

Der Todesopfer letzte Fahrt

54 werden heute zur Ruhe geleitet

Nach der amtlichen Berucksichtigung beträgt die Zahl der Todesopfer der Explosionskatastrophe in Neunkirchen bisher 54, darunter 24 Männer, 22 Frauen und 8 Kinder. Von den 24 Männern sind 21 Werksangehörige, von den weiblichen Toten sind 13 Ehefrauen von Werksangehörigen. Die Zahl der Vermissten beträgt 14. Die Beisetzungsfeierlichkeiten finden heute Dienstag nachmittags in Anwesenheit des Reichsjustizministers v. Papen, des Reichsarbeitsministers Selbde und des französischen Arbeitsministers statt. Um 3 Uhr nachmittags findet zunächst auf dem Marktplatz eine Trauerfeier verbunden mit der Einsegnung der Toten statt. Die Toten werden in einem gemeinsamen Grab beigelegt.

Die zuständigen Stellen sind eifrig bemüht, die Frage der Unterbringung der Obdachlosen einer möglichst raschen Lösung zuzuführen. Durch die Explosion sind über 100 Wohnungen verlorengegangen. Die Werkverwaltung sowie die Haus- und Grundbesitzerorganisation fordern in einem Aufruf die Bereitstellung der erforderlichen Räume in leerstehenden Neubowohnungen. Daneben werden im Laufe der nächsten Tage für ungefähr 60 Familien Baracken errichtet werden. Dabei handelt es sich natürlich nur um eine Notmaßnahme. Die zerstörten Häuser sollen noch im Laufe des Jahres aufgebaut werden. Die am meisten in Mitleidenenschaft gezogene Saarbrücker Straße soll nicht wieder aufgebaut werden. Soweit die anliegenden Häuser nicht zerstört wurden, sind sie derort baufällig geworden, daß an eine Nutzbarmachung nicht mehr zu denken ist. Geplant ist ferner, in den Steinwaldwiesen im Anschluß an die dort bereits vorhandene Siedlung für die Hinterbliebenen der Explosionskatastrophe Neubauten zu errichten.

Erschütternde Einzelheiten

An weiteren Fällen von fast phantastischem Geschehen ist bemerkenswert: Eine Frau in der Saarbrücker Straße hatte ihr Haus mit ihren drei Kindern verlassen. Das kleinste trug sie auf dem Arm, das größere führte sie an der Hand, und ein etwa zwölf Jahre altes Mädchen ging ein

bis zwei Meter vor ihr her, als die zweite Explosion erfolgte und das zwölfjährige Mädchen buchstäblich verschwand. Vermutlich war der Luftdruck so stark, daß er das Mädchen meterweit fortgeschleuderte. Bisher ist es nicht wieder gefunden worden. In einer Wohnung in Neunkirchen wurde am Freitagabend zur Stunde der Explosion gerade eine Geburtstagsfeier veranstaltet. Ein zwölfjähriger Knabe hielt ein anderthalbjähriges Kind auf dem Schoß. Als die Explosion erfolgte, stand das Fenster des Wohnraums offen. Nachdem sich die allgemeine Aufregung etwas gelegt hatte, stellte die Familie fest, daß das Kind, das auf dem Schoß des Knaben gesessen hatte, verschwunden war. Es muß durch den ungeheuren Luftdruck aus dem Fenster geschleudert worden sein. Auch in diesem Falle ist bis zur Zeit die Leiche des Kindes nicht gefunden worden. Aus den Einzelfällen ist zu erkennen, wie furchtbar die Explosion gemüht und welche Trauer sie über die Neunkirchner Bevölkerung gebracht hat

Vermutungen über die Ursache

Die Direktion der Neunkirchner Hütte veröffentlicht über die Ursache der Gasometerkatastrophe einen längeren Bericht, dem wir folgendes entnehmen: „Nach den bisherigen Berichten von Augenzeugen hat sich dicht am Behälter nach einer mittelschweren Detonation plötzlich eine etwa 70 Meter hohe Stichflamme entwickelt. Die weiteren Vorgänge lassen sich etwa so erklären, daß die Stichflamme einige Minuten lang eine ungeheure Ueberhitzung eines schmalen Behälterstreifens hervorrief, an der überhitzten Stelle die Behälterwandung sich dehnte und dadurch an der Scheideneinführung eine Vertklemmung eintrat und die Dichtung ausließ. Dadurch bildete sich über der Scheide ein explosives Gemisch, das durch die glühende Wand des Behälters zur Entzündung gekommen sein dürfte. Oberhalb des explosiven Gemisches hat sich vielleicht noch ein zündfähiges Luftgemisch befunden; denn die vorgeschriebene leichte Bedachung des Behälters ist ganz in der Nähe niedergegangen und offensichtlich von der Gewalt der Explosion nicht sehr stark beschädigt worden. Die mehrfach geäußerte Vermutung, daß ein Lantstellenbrand auf dem Weggelände der

Ausgangspunkt der Katastrophe gewesen sei, scheint nach Befichtigung der Verhältnisse nicht zuzutreffen.“ Der deutsche Rundfunk überträgt am heutigen Dienstag von 2.50 bis 3.45 Uhr nachmittags die Beerdigungsfeierlichkeiten von Neunkirchen. Anschließend schweigen alle deutschen Sender bis 4 Uhr. Mit Rücksicht auf die Beisetzungsfeierlichkeiten der Opfer der Katastrophe von Neunkirchen hat das Programm der Berliner Funkstunde bereits gestern eine Änderung erfahren. Heute Dienstag wird folgende Änderung eintreten: Die von 21 bis 22 Uhr vorgesehene Ausführung des beliebigen Hörspiels: „Wie man Remi-jahner wird“ wird auf Donnerstag den 16. Februar in die Zeit von 20 bis 21 Uhr verlegt.

5 Ueberfälle auf SPD-Lokal

Der auf das Versammlungslokal unserer 72. Abteilung in Berlin-Wilmersdorf verübte Ueberfall ist der fünfte in einer ganzen Reihe. Er zeigt, wie planmäßig diese Ueberfälle von der SA verübt werden.

Am 12. Januar d. J. wurde zum ersten Male die Schaufensterreihe des Lokals „Zur Rosenau“, Ecke Varziner und Raubacher Straße, durch Gewichte zertrümmert. Die Täter flüchteten im Notortad.

Am 30. Januar erschienen zwei SA-Leute in Zivil, aber mit Koppel, um angeblich zu telefonieren. Als der Wirt ihnen erklärte, er habe kein Telefon, rief einer der Leute aus einer benachbarten Telefonzelle nach Verstärkung, um das Lokal „fertig zu machen“. Diesmal verhinderte die alarmierte Polizei den Ueberfall, die beiden Urheber wurden festgenommen.

Am 8. Februar wurden abermals die Schaufensterreihen des Lokals eingeworfen, die Täter entkamen wieder.

Am 9. Februar kamen etwa 12 SA-Leute und zertrümmerten die Reklameschilder, da die heruntergefallenen Rolläden die Schaufenster bereits schützten. Ein Passant, der sich über die Ausschreitungen aufhielt, wurde verprügelt.

Am 11. Februar geschah der letzte Ueberfall mit schlimmeren Folgen. Ein vor dem Lokal stehender Posten rief bei dem Herannahen einer Nazikolonnen „Achtung, Nazis!“. Er erhielt sofort einen Brustschuß, an dem er lebensgefährlich im Krankenhaus daniederliegt. Die herbeigerufene Polizei fand elf Patronenhüllen, drei Kugeln im Lokal, sechs vor der Tür. Sie konnte noch einen SS-Bäckmeister festnehmen, der unter dem Hute zwanzig Schuß Munition trug.

So geschahen seit Wochen Ueberfälle auf das Lokal das wegen seiner einsamen Lage neben einem geräuschvollen Eisenbahndamm günstige Gelegenheit zu Ueberfällen bietet. Während die Führer von „Kultur, Sitte, Sauberkeit und Disziplin“ reden, verüben die Anhänger dauernd solche hinterhältigen Ueberfälle gegen Lokale, von denen aus niemals eine Provokation erfolgte, sondern von denen sie nur wissen, daß politische Gegner sich darin aufhalten.

Es wäre dringend zu wünschen, daß der Herr Polizeipräsident, der vor einigen Tagen ein kommunistisches Lokal geschlossen hat, weil Ueberfälle von ihm ausgehen sollten, sich einmal die Kavernen und Lokale der Nazis in dieser Gegend genauer ansieht, in denen kein Mensch vor Nazi-überfällen sicher ist. Erst kürzlich geschah bekanntlich dort ein Straßenüberfall auf kommunistische Passanten mit schwersten Verletzungen.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ nimmt am 6. März seine regelmäßigen Südamerikafahrten wieder auf. Alle Fahrten enden in Zukunft in Rio de Janeiro.

Nur mit wirtschaftlicher Bereifung kann ein Kraftwagen wirtschaftlich sein!

Continental Type Aero

paßt — unter Berücksichtigung der Wagenkonstruktion — auf die normale Felge, hat einen erheblich größeren Luftraum, geschmeidigere Wandungen und wird mit weniger Luftdruck gefahren. Der Kraftwagen läuft auf diesem neuen Reifen viel weicher, viel ruhiger, viel leichter und — weil Fahrzeug, Passagiere und Ladung außerordentlich geschont werden — viel wirtschaftlicher.

Continental

Lieferung nur durch Händler

Rettet das Arbeiterkind!

Aus „Ersparnisgründen“ gehen die Kinder zugrunde

Bauka Kurgasch vom Bezirksauschuß für Arbeiterwohlfahrt schreibt dem „Vorwärts“:

„Aus Ersparnisgründen“ lautet der Anfang aller amtlichen Verordnungen und Verfügungen, die dem kommunalen Aufbaue der Sozialdemokratie systematisch zu Leibe gehen. Renten, Unterstützungsfälle, Heilverfahren werden abgebaut. Aber was etwa zum Ausgleich dieser starken Einschränkungen des materiellen Fürsorge-rechtes dienen könnte, Einrichtungen der Gesundheitsfürsorge und Versorgung der Kinder und Jugendlichen, wird gleichfalls abgebaut oder eingeschränkt. Aus „Ersparnisgründen“ soll, wie wir im „Vorwärts“ gelesen haben, die geburts-hilfliche Abteilung im Moabiter Krankenhaus aufgelöst werden, aus Ersparnisgründen sind bereits Kindergärten und -horte „aus-gestümt“ von den Kindern, deren Mütter nicht tagsüber auf Arbeit gehen, aus denselben Grün-den steht die Erholungsvermittlung auf dem Spiel. Leider kann man dem arbeitslosen Proletariat nicht einfach ein Rezept an die Hand geben, wonach er sich aus Ersparnisgründen seinen Magen abschafft, hoffen wir, daß er wenigstens lernt, aus Ersparnisgründen auf Kinder zu verzichten!

Für das proletarische Kind arbeitsloser Eltern ist ein Kindergarten oder Hort heute eine ebenso wichtige Einrichtung wie für das Kind einer arbeitenden Mutter. Die überfüllten, schlecht geheizten Arbeiterwohnungen, in denen die arbeitslosen Väter und Geschwister herumhängen, sich streiten über Geringfügigkeiten, die vielleicht über ihre Verbitterung zu Zänkereien aus-reichender Anlaß sind, oder die sich unterhalten über Dinge, die das Kind nicht oder nur halb und daher entstellt versteht, sind nicht besser und keine günstigere Grundlage für seine häusliche

Erziehung als die leere Stube, in die ein Kind einer arbeitenden Mutter nach der Schule heim-fahrt. Und weil wir nicht glauben, daß die

Not der Kinder

und ihrer Angehörigen mit diesem Winter vor-übergehen wird, weil wir nicht an einen momen-tanen Notstand nur glauben, sondern eine Rege-lung auf lange Sicht verlangen müssen, können wir nicht mit einer Bewahrung allein, wie Kinderwärmestuben, „Offene Türen“ oder Spiel-stuben sie geben, zufrieden sein, die im Gegensatz zum planmäßig arbeitenden Kinderhort ohne Wahl und ohne Bestimmung einer gewissen Dauer Kinder aus- und eingehen lassen wie in einem Taubenhause. Jede Kindergemeinschaft, auch wenn sie so zufällig zusammentritt wie die in einer Wärmestube mit offener Tür, stellt uns in kurzer Zeit vor dieselben Probleme, vor denen wir am Anfang der Kindergarten- und Hortentwiclung gestanden haben.

Hygienische und pädagogische Forderungen ver-langen Berücksichtigung, um so mehr, als Krankheitsgefahren und Gefahr der Verwahr-lung heute stärker drohen als je.

Was heute unter einem ordentlichen Kindergarten oder Kinderhort verstanden wird, beruht auf jahr-zehntealten Erkenntnissen und Erfahrungen, es steht am Ende einer langen Reihe von Versuchen, die immer stärker auf Vollkommenheit und An-passung an die Bedürfnisse der Kinderumwelt, für die sie da sein müssen, ausgerichtet war. Wir stellen in der Stadtgemeinde Berlin be-stimmte Mindestforderungen an die ge-sundheitliche und erzieherische Versorgung von Kindern in Tagesstätten. Den vielfachen privaten Bestrebungen, Tagesstätten zu improvisieren,

können wir einmal deshalb nicht zustimmen, weil wir nicht an die baldige Aufhebung der bestehen-den Notstände glauben, eher an ihre Verschärfung, und weil wir von Einrichtungen, die eben deshalb für die Dauer berechnet sein sollen, uns nichts versprechen, wenn sie lediglich auf Bewahrung oder Speisung abgestellt sind und weder aus-reichend gesundheitlichen Schutz noch erzieherische Kontinuität garantieren können, noch ausreichende Betreuung durch genügende Erzieher.

Diese Art Einrichtungen sind ein ebenso zweifel-hafter Ersatz für einen guten Kinderhort wie etwa der Besuch eines Luftparkplatzes es für eine Kinderversicherung im Erholungsheim sein würde. Es sind weite Wege notwendig, die Kinder zu befördern, es fehlt an geeignetem Aufenthalt an Regentagen. Und ein Kind, das nach dem heutigen Maßstab gesundheitlicher An-sprüche für eine Heimverpflegung „reife“ ist, wird jedenfalls keine Erholung nicht auf diesen Ferien-spielplätzen in annähernd der gleichen Weise fin-den können, wie in den Kindererholungsheimen an der See oder im Gebirge. Wir wenden uns deshalb im Interesse aller der Arbeiterkinder, die es dringend nötig haben, auf städtische Kosten eine Erholung in einem Kinderheim zu genießen, gegen die Pläne, die darauf ausgehen, die eingeschränkten finanziellen Mittel für die Er-holungsfürsorge nur oder sehr weitgehend in ört-lichen Erholungsmahnahmen zu verbrauchen. Es ist sehr schwer, eine zweckmäßige erfolgreiche Er-holungsfürsorge innerhalb Berlins durchzuführen, weil hier günstige Voraussetzungen fehlen. Das Geld, das noch für Erholungsfürsorge ausgegeben werden darf, muß für schwache, blutarme und bis zur völligen Entkräftung unterernährte Kinder zur Heimverpflegung verwendet werden. Das heißt wenigstens, den geringen Aufwand rationell ver-wenden „aus Ersparnisgründen“.

von der Katastrophe überbracht. Die Erdstöße ger-förten die Sehmütten der Einwohner und ver-urlochten gewaltige Ueberschwemmungen, bei denen hunderte von Personen erkrankten. Die bittere Winterfalte führte zu weiteren Verlusten an Menschenleben.

Aus Peking werden weitere Mitteilungen über die Katastrophe bekannt. In der Umgebung der Stadt Kooti sollen allein 40 Dörfer und Ort-schaften zerstört sein. In einem Dorfe stürzten die Schulgebäude während des Unterrichts zusammen. 300 Schüler und 11 Lehrer wurden verschüttet. Die Chinesen verjuden mit allen Mitteln, die Provinz Kansu, in der das ganze Leben ruht, zu verlassen.

In wenig Worten

Aus Batavia wird gemeldet, daß die Zahl der auf der kleinen Insel Onrust bei Tandjong Priok gefangenen Meuterer insgesamt 182 be-trägt, davon 32 Europäer und 150 Ein-geborene. Beim Anlandgehen waren von Europäern 28 und von den Eingeborenen 50 ge-fesselt. Die Insel ist vom Verkehr mit der Außen-welt völlig abgeschlossen.

In der letzten Nacht geriet der Dampfer „S. O. Jppen XI“ von der Jppenlinie in Stettin bei stürmischem Wetter infolge Ruderfehlers vor dem Darß (zwischen Stralsund und Rostock) auf Strand. Das Schiff, das sich mit Stückgütern auf der Reise von Stettin nach Rostock befand, gilt als verloren. Die sieben Mann starke Be-satzung wurde durch ein Boot der Dampfer-rettungsstation in Sicherheit gebracht.

In der Gegend von Tucuman in Argen-tinien ist ein heftiges Erdbeben verspürt worden. In Tucuman selbst wurden zahlreiche Häuser beschädigt. Unter der Bevölkerung ist eine Panik ausgebrochen.

Die Zahl der Grippeopfer in Köln betief sich in der Zeit vom 19. Januar bis zum 4. Februar auf 65 Personen.

Bei Segelflugübungen am „Hafenkopf“ bei Marburg ist der Student an der Marburger Uni-versität Robert Saym am Sonntagmittag aus etwa 10 Meter Höhe abgestürzt. Saym erlitt eine schwere Schädelverletzung, an der er in der Nacht zum Montag in der Chirurgischen Klinik starb.

Aus noch unbekannter Ursache brach in der außerhalb der Stadt Forchheim gelegenen Dampfzweigleise Forchheim U. G. Feuer aus, das mit rasender Geschwindigkeit um sich griff und die gesamten Anlagen vollkommen ein-äscherte. Das Werk ist nur noch ein müßter Trümmerhaufen.

Ueberfall im Grunewald

In der Charlottenbrunner Straße wurde in den gestrigen späten Abendstunden auf die 61 Jahre alte Frau Ella von Bremen ein verwegener Raubüberfall verübt. Die Frau, die ihrer Wohnung in der Königsallee 34 zustrebte, wurde von einem jüngeren Menschen angefallen. Der Begelagerer stürzte sich auf sein Opfer und entriß ihm die Handtasche. In dem Handgemenge hat die Ueberfallene leichte Ver-letzungen davongetragen. Mit seiner Beute, die aus 5 M. Bargeld und einem Brillantring im Werte von 300 M. bestand, flüchtete der Täter und entkam.

Mieternot unerträglich

Mietensenkung und Mieterschutz erforderlich

Der Gesamtverband des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. (Sitz Berlin) hat am 12. d. M. zur mieterpolitischen Lage Stellung genommen und an den Reichspräsi-denten, den Reichskanzler, den Reichsarbeits-minister und den Reichsjustizminister folgendes Telegramm gesandt:

„Millionen deutscher Mieter sind in größter Not. Die gegen die Vorkriegszeit erheblich überhöhten Mieten sind vielen uner-schwinglich. Hunderttausenden Familien droht die Ermision. Weitere Senkung der Mieten und wirksamer Vollstreckungsschutz sind unausschiebbar. Reichsmietengesetz, Mieterschutzgesetz und Wohnungs-mangelgesetz müssen unbedingt in Kraft bleiben, um Verzweiflung zu verhüten. Wohnung und Gewerberaum, die Grundlagen der Existenz des deutschen Volkes, müssen von der Reichsregierung unverzüglich durch Notmaßnahmen gesichert werden.“

Kleine Frau, was nun?

Fünfzehn Monate Gefängnis für den Mann

Man wußte nicht, worüber man sich in der Verhandlung vor dem Schnellschöffengericht mehr wundern sollte: über die Gleich-gültigkeit, mit der der Autoklub von Deutsch-land den bereits wegen Unterschlagung vorbe-stroften Buchhalter M. ungenügend kontrolliert schalten und walten ließ, über diesen selben Buchhalter, der trotz eben erst im Gnadenwege erlassener Strafe sich wieder an den ihm an-vertrauten Zehntausenden von Mark vergriff, oder über die Frau, um deren willen er dies alles getan hatte und die, ohne zu wissen, wieviel ihr Mann verdiente, ahnungslos sich jeden Wunsch erfüllen ließ und viele Hunderte monatlich verwirtschaftete. Kleine Frau, was nun? fragte sie der Vorsitzende. Und die kleine Frau erklärte tapfer vor Gericht: „Ich halte zu meinem Mann, er hat es doch für mich getan.“ Und als er vom Gerichtssaal weg in die Untersuchungshaft abgeführt wurde, ver-abschiedete sie sich von ihm unter Tränen.

M. hatte erst 1927 als Oberbuchhalter einer großen Bank, mit einem Freunde zu helfen, 18 000 M. unterschlagen. Er erhielt sechs Monate Gefängnis und wurde, seinem Vater zuliebe, der über 25 Jahre dem Autoklub von Deutschland treu gedient hatte, und auf Empfehlung eines bekannten Verlegers als Buchhalter im Autoklub eingestellt.

Der Vorstand wußte um seine Vorkasse, der Büroleitung und dem Oberprüfer wurde sie leider verschwiegen. Im November 1930 lernte M. in einem mondänen Café die Tochter eines erst vor kurzem verstorbenen bekannten Dresdener Arztes, Fräulein H., kennen; sie war in Berlin als ärztliche Assistentin tätig und zu jener Zeit stellungslos. Aus der Bekanntschaft wurde Liebe. Die Mutter in Dresden forderte die Rückkehr der Tochter. M. erbot sich, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Bei seinem Gehalt im Autoklub mochte ihm das nichts aus. Er mietete ihr zwei Zimmer für 100 Mark, überschüttete sie mit Blumen, beschenkte sie mit Konfekt, besuchte mit ihr Theater und Konzerte. Dann wurde geheiratet, eine Woh-nung gemietet. Die Möbel kosteten 8000 M., das Wirtschaftsgeld betrug 500 Mark monatlich. Jeder Wunsch wurde der jungen Frau erfüllt. Sie wußte einen Pelz haben, schöne Kleider, Sommeraufent-halt in Swinemünde. Fragte sie den Mann, wieviel er verdiene, so hatte er nur ein Lächeln. Zu Weihnachten erklärte sie ihm aber: ich will nichts von dir haben, sage mir, wie hoch dein Gehalt ist.

M. hatte aber damals bereits 36 000 Mark unterschlagen.

Die Schecks, die von den Mitgliedern eingingen,

tauschte er in Bargeld ein, 12 000 Mark entnahm er der für arbeitslose Chauffeurs bestimmten Stiftung, 5000 Mark ließ er sich auf Grund eines gefälschten Ueberweisungsschecks von der Handels-bank auszahlen. Wie so man zwei Jahre lang die Unterschlagung nicht bemerkt habe, wunderte sich der Vorsitzende. Es sei dies wohl auf einen Or-ganisationsfehler zurückzuführen, sagte der Ober-prüfer des Klubs vor Gericht. (Man hätte ihm und der Büroleitung sagen müssen, daß es sich um einen bereits wegen Unterschlagung vorbe-stroften Menschen handelte, damit eine

Erweiteter Bezirksvorstand

Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes am Freitag, dem 17. Februar, pünktlich 18 Uhr, im Sitzungssaal des Bezirksverbandes Berlin, Lindenstr. 3, II. Hof, II Tr. Alle Mitglieder müssen er-scheinen. Der Bezirksvorstand.

schärfere Kontrolle ausgeübt werde. Der Sgn-dikus des Klubs meinte aber, es liege dem Klub nicht an einer Bestrafung des Angeklagten. Der Verleger, der ihn empfohlen habe, wolle für die Summe einstehen, und der Kriminalkommissar war der Ansicht, daß überhaupt keine Strafanzeige erstattet werden wäre, wenn nicht ein Unbekannter (wohl die Polizei) als auch die Zeitungen zu gleicher Zeit von der Unterschlagung in Kenntnis gesetzt hätte. Das war am vierten Tag der Re-vision.)

Der Staatsanwalt beantragte wegen fortgesetzter Untreue und wegen Betruges in Tateinheit mit Urkundenfälschung zwei Jahre Gefängnis. Das Gericht verurteilte M. zu ein Jahr drei Monaten Gefängnis und ordnete Ueberführung ins Unter-suchungsgefängnis an.

Prozeß Brolat ungewiß

Zu der Frage, ob am Donnerstag die vorge-sehene Verhandlung gegen Direktor Brolat wegen Rißhandlung des kommunistischen Richtob-erichterstatters Popper stattfinden wird, ist noch zu bemerken, daß Popper nur den Straan-trag wegen Verleumdung zurück-genommen hat, während der Strafantrag wegen Körperverletzung nicht zurückgenommen werden kann. Brolats Verteidiger hat aber in-

zwischen beantragt, das Verfahren wegen Körper-verletzung nunmehr, nachdem Popper seine Un-interessiertheit an dieser Angelegenheit erklärt hat, gemäß § 153 StPD, wegen Geringfügig-keit einzustellen. Das Gericht hat die Akten der Staatsanwaltschaft zur Stellungnahme zugehen lassen, die Entscheidung dürfte im Laufe des heu-tigen Dienstag fallen.

Gastod einer Einsamen

Mit dem Töchterchen in den Tod

In der Bahnstraße in Schöneberg spielte sich gestern eine Tragödie ab. In der Wohnung ihrer Mutter vergiftete sich dort, die 24 Jahre alte Arbeiterin Herta Sch. mit ihrem vierjährigen Töchterchen Gerda durch Leuchtgas.

Die Tragödie der Verzweifelten entrollt das Schicksal einer vom Unglück verfolgten Frau. Mit ihrem vierjährigen Kinde wohnte Frau Sch., die von ihrem Manne getrennt lebt, bei ihrer Mutter in der Bahnstraße. Wie es heißt, soll Frau Sch. vor einiger Zeit einen Mann kennen gelernt haben, der für sie und das Kind sorgen wollte. Der Freund ließ dann aber nichts mehr von sich hören, und das dürfte in der Unglücklichen den Plan reifen lassen, freiwillig aus dem Leben zu scheiden und das Kind mit in den Tod zu nehmen. Am Montagnachmittag weckte Frau Sch. mit dem kleinen Mädchen allein in der Wohnung. Die Abwesenheit ihrer Angehörigen benutzte die Lebensmüde zur Ausführung der Tat und drehte die Gashähne in der Küche auf. Als die Mutter gegen 16.30 Uhr ahnungslos heimkehrte, entdeckte sie die Verzweiflungstat.

Die alarmierte Feuerwehr bemühte sich längere Zeit um die Vergifteten. Alle Rettungsversuche blieben jedoch ohne Erfolg.

70 000 Tote

Eine ganze Provinz zerstört

Ueber die nahezu unsahbare Erdbebenkata-strophe in der Provinz Kansu (China) bei der 70 000 Menschen ums Leben gekommen sein sollen, gehen natürlich nur langsam bestimmte Nachrichten ein.

„Daily Express“ meldet aus Peking folgende Einzelheiten über das Erdbeben im westlichen Teil der chinesischen Provinz Kansu: Das be-troffene Gebiet ist einer der abge-schlossensten Bezirke in der ganzen Welt. Es ist gebirgig und von einer armen chinesischen Bevölkerung dicht besiedelt. Eine Kamelkarawane mit Flüchtlingen hat nach einer Reise von 1500 Kilometern die erste Nachricht

Reiche Abwechslung in der täglichen Suppe

Mehr als 30 Sorten

bieten **MAGGI'S** Suppen

Die Botschaft des Unbekannten

Erzählung / Von Günther Birkenfeld

Das Miethaus Am Berge Nummer sieben steht grau und schmal über der schiefer-schwarzen Stadt. Die eisernen Balkone gleichen in der Abendröte müden Vögeln, die in regloser Schwärze hoch über dem Tal hängen. Einer dieser Vögel trägt Elisabeth die Frau auf das Balkongitter vorgehängt. Sie ist in den Abend. Mag sein, daß sie einmal eine Haarsträhne aus der Stirn streift. Die Bewegung des Arms ist müde vom Geschehe des Tages.

Die Streifen der Werke und Häuten verstummen. Dafür beginnen die Glocken der drei Kirchen ihr eigenes Geläut. Drunten an der Sieg wird noch auf Eisen gehämmert — der helle Klingklang prallt von der Hauswand zurück — eine Sotomotive heult — irgendwo bellt hungrig ein Hund. Und auch Herbertchen, aus der Tiefe der Stube, klagt über „Bauchbrummen“.

„Vater wird gleich da sein“, tröstet ihn die Mutter und blickt auf die vielen graben Rauchsäulen der Schöte — auf die „Abendpiep“ der Stadt, wie Herbert das nennt. Der Qualm verdrängt sich zu stumpfbraunen Balken, die sich quer über das Tal senken. Und bald wird da nur noch eine einzige undurchdringliche Dünstmauer sein — grau und schwefelgelb und violett — aus der unermittelt die Nacht wächst. Jetzt aber rasten noch rosafarbene Wolken über dem Qualm — die Schwalben tragen ihr Spielgeschrei zu ihnen hinauf. Und im Bahyrinth der blühenden Kastanie, darin die Sperlinge ihr abendliches Gezänk führen, tropft das Goldblut der Sonne. Soeben rückt sie hinter die Jäden der lanagrauen Halbe. Die Frau blickt zurück in die Stube. Die brennt im tiefen Feuer. Das Klavier, die getürmte Anrichte und Tisch und Stühle gleichen glühenden Schiffen in diesem Feuermeer. Und Herbertchen, der im ovalen Rosettenornament des grünen Teppichs hockt, könnte ein kleiner Märchenwald sein mit seinem flammenden Blondschopf. Und Märchenhelden lassen sich nicht tören, in nichts und gar nichts, auch wenn sie nur Kistchen und Hölzer emsig aufeinander schieben.

Liedlosend fährt die Mutter über sein Haar. „Na, Bohe was haust du denn da?“ „Na, was wollt? Das Tollioswerk!“ „Aber das sollst du doch nicht! Wenn Vater das sieht! Schnell, pack weg!“

Dann schaltet die Frau im Grunde des Zimmers den Radiokasten ein und setzt sich mit dem Röhrtorb an den runden Tisch. Die Sorge des Abends löst sich in ihren Zügen und weicht einer stillen Befinnlichkeit. Die Stimme eines Tenors kommt aus dem Lautsprecher und verknüpft mit dem Brummen der Glocken und mit dem Klingklang des fernen Gehimmels. Elisabeth summt die Melodie mit. Und der Bohe auf dem Teppich ist vergessen und kann bedächtig sein Tollioswert vollenden.

„A' abend“, sagt Karl, der Mann, und drückt hart die Tür hinter sich zu. Die Frau zuckt zusammen, legt die Handarbeit fort und nickt nur. „Schnell Essen!“ wünscht der Mann, drückt sich in die Sofaröhre und schlief für ein kurzes die Augen. Der Junge, der sein Tollioswerk nicht mehr rechtzeitig mit dem Fuße zerstoßen konnte, verharret. Siehe auf den Vater blickend, im Rahmen der Balkontür. Die Mutter stellt den Lautsprecher ab und möchte dann durch die Stube gehen, um den Bau wie von ungefähr auseinanderzustößen.

„Ja, bist du denn noch nicht in der Küche?“ fragt der Mann barsch und fährt dann brummelnd fort: „War heut mal wieder ein Affenbetrieb! Am Wagen GVII hat sich einer den Arm abgequetscht. Und mein Karl durfte nur so sitzen! Sag ja schon lange: lieber zehn Stunden vorm Hochofen als noch einen Tag länger auf der Kontrollbrücke!“ „Na, werd ja doch bald abgebaut. Dann hat die liebe Seele Ruh.“

Draußen beugt die Frau sich so weit über den Herd, als entströme seiner Wärme eine tröstende Kraft. Endlich rafft sie sich hoch und gießt die Brühe aus dem Fleischtopf. Dann hält sie inne und lauscht auf die zornige Stimme des Mannes: „Wie oft habe ich dir schon gesagt, daß ich nicht auch noch zu Hause von dem Kram wissen will! — Herrgott, hätte ich dich doch bloß niemals mitgenommen! — Komm her! — Rüber!“ Die Mutter windet sich in den Schultern, wie sie das derbe Stauchen vernimmt.

Mit zitternden Händen trägt sie das Tablett in die Stube. Stumm nehmen die drei ihr Essen. Dann rückt der Mann sich im Sofa zurecht und lieft, an der Zigarre laugend, im Kreisblatt. Die Frau legt sich ihre Näharbeit vor und blickt, während sie Garn aufwickelt, in das Rundfunkprogramm. Um acht Uhr zwanzig lieft ein Walter Dittel Gedichte. Unten, in einer Ecke des Programmbillets, ist ein Photo des Dichters. Schwerm zu erkennen. Die Nacht ist derweil aus der Rauchmauer gewachsen. Das Zimmer ist kein brennender See mit leuchtenden Schiffen mehr — eine lähmende Gruft ist es jetzt, darin getrennt und in sich verhaucht ein, zwei, drei Menschen lauern. Stunde der Verlassenheit, in der viele hunderte denken mögen: jetzt ist er tot, der Tag, der schöne blühende Tag! Und man atmet den Duft der Kastanien ein, als könnte er von dieser Trostlosigkeit

heit heilen, und man flüchtet in die letzte glasgrüne Helligkeit am obersten Horizont. Und diese Hunderte von Menschen mögen jetzt gleich Elisabeth der Frau zum Schalter gehen und mit einer gänzlich verarmten Hand das elektrische Licht aufleuchten lassen.

Erneut betrachtet die Frau das Bild des Dichters. Seine Augen blicken grabaus, durch sie hindurch — die runden schwermütigen Augen eines jungen Menschen, in dem dieser und jener Hunger zehren mag. — Mein Gott, denkt die Frau, lieber Gott! Und draußen ist noch genug im Fleischtopf! — Die Stirn des jungen Mannes ist weder hoch noch so geböhbt, wie sie nach Elisabeths Vorstellung bei Dichtern sein muß. Und die Lippen sind bereits entfangen sooft gefaltet. Unwillkürlich gleiten die Fingertuppen der Frau über sie hin. Und abermals wollen ihre Fänge sich lösen und traumwandlerisch werden. Da gähnt Karl laut auf und raschelt mit der Zeitung.

Erregt von der Neugier, wie des Dichters Stimme sein mag geht die Frau nach hinten und schaltet den Lautsprecher ein. Sie ist weich und heiser, die Stimme, und beginnt soeben ein Gedicht „Unter Sternen“:

Es ist ein Erhabenes unter Sternen zu stehen und mächtig zu werden mit ihrem größeren Wandel über das Schicksal hin von dir zu mir.

Und es ist ein Vernichtendes unter Sternen zu stehen und Erde zu fühlen an wegmüden Sohlen und schüttele zu sinken in nächtliche Beere von dir zu mir.

Und es ist ein Erlösendes unter Sternen zu stehen und ...

„Stell die Quatschkommode ab!“ ruft unwirsch der Mann. Elisabeth schüttelt den Kopf, so, als hätte sie ihn nicht verstanden und blickt schmerzhaft hinter ihrem Jungen drein, der ihr schnell einen Kuß auf die dargebotene Wange drückt und dann aus der Stube eilt. „Er flieht!“ denkt die Frau, „mein kleiner Ritter flieht!“ Und indessen trinken ihre Ohren durstig den Schluß des Gedichts:

und ihnen zu folgen weit fort vom Tage im Herzschlag der Liebe von dir zu mir.

Der Mann knurrt etwas wie: „Kann das Gefasel nicht anhören!“ springt auf und stellt den Apparat ab.

Die Frau wird es nicht gleich gewahr. Ihr Herz, nein, ihr ganzer Körper ist noch gänzlich das Echo jener Worte von der „nächtlichen Beere von dir zu mir“. Ja, ja, nächtliche Beere! Von Karl zu mir, von

Heinrich Kemmer:

Die Schule der Menschenkenner

Als ich schließlich „wohlbehalten“ (zwar nicht an Leib, aber an Seele) in der Hölle gelandet war, sah ich zu meiner Überraschung, daß uns der berühmte flämische Maler von Greuselzenen, der sogenannte „Höllens-Breughel“, ein ganz irriges Bild von dem vielgefürchteten Ort der Verdammnis entworfen hat: — Es wäre ja auch absurd, einen bereits unempfindlich gewordenen Körper nochmal rösten, viertellen oder von grünen Ungeheuern aufstellen zu lassen, den Toten ein zweites Mal vernichten zu wollen. Die Höllenqualen beziehen sich natürlich auf die unversehrt gebliebene Seele. Nichts kann uns denkbarerweise mehr quälen als dann, wenn es zu spät ist zu sehen, wie wir das verlorene Leben hätten einrichten können. In der Hölle wurde mir unser irdisches Dasein vorge spiegelt, so wie es sich ohne unsere Irrtümer abspielen würde. Man zerbricht, das man erst in der Hölle die perfekt gemachte Erde sieht, in der kein Kaffeelager ins Meer geschüttet, kein Weizenfeld angeflutet wird, der Reichtum der Erde allen Menschen zugute kommt, wie alle Pfad haben und sich vertragen können. Statt Maschinen uns verflauen zu lassen, verrichten sie nur die lästige und schmutzige Arbeit und wir haben zu tun und zu leben.

Nachdem ich mich müde gebummelt und trank geübert hatte, wie wunderbar in der Hölle alles Leben ebensowenig genießen können wie ein Rummelkreis einen ihm geschenkten Harem, lud mich ein höllischer Teufel, eine Art Schupo der Seele, in ein Kino ein, wo ich neugierig Platz nahm. Was spielt man in der Hölle, dachte ich, und starrte auf die Leinwand. Da flimmerte der Film meines eigenen katastrophentreichen Lebens vorüber, so wie es hätte sein können. In was für eine verdammte Kette von immer verstockteren, verbohrtieren Irrtümern hatte ich armer Narr mich doch in dem Bestreben, mein Glück zu schmieden, verirrt, während ich als Kind ohne viel nachzudenken, fast immer das Richtige traf. Mein Ich entfaltete sich als Kind-Mensch zu einer harmonischen Vollendung, wie sie nur ohne die Reibungen und Risse möglich ist, die wir wie Eisenbahnwagen in alle Ewigkeit weitergeben (meist an andere als von denen wir sie empfangen haben).

Die Dual zuzusehen, wie mein Leben hätte werden können, wurde auf die Dauer unerträglich. Ich sprang heulend wie ein geirretener Hund auf und rannte hinaus. „Was hätte ich eigentlich tun müssen, um so ein Leben zu leben, wie ihr es mir gezeigt habt?“ fragte ich eine niedliche Teufelin in feuerrotem Trainingsanzug, die mich am Ausgang belustigt ansah. „Wenn Sie ein Teufel wären, würde ich Sie in den Klub der Menschenkenner für Teufel einführen“, sagte die holde höllische Maid. Ich zeigte verschämt meinen Presseausweis: „Ach so, Sie sind also ein armer Teufel, dann geht die Sache.“ Sie geleitete mich in einen Raum, wo alle die jungen Teufel saßen, um die Menschen zu studieren und zu lernen, wo man sie am besten anfaßen kann.

Es ist schmer, von der Weisheit der Teufel eine richtige Vorstellung zu geben, weil sie nicht in Worten, sondern durch eine Art filmischen Anschauungsunterricht übermittelt wurde. Wir leuchtete jedenfalls bald ein, daß man, um die Idealzustände zu erreichen, die mir unter so viel

Qualen vorgezeigt wurden, sich ebenso systematisch mit der Menschenkenntnis befassen müßte, als sich unsere exakte Wissenschaft mit der Kenntnis der Dinge befaßt.

Die Teufel haben eine von der menschlichen Psychoanalyse sehr stark abweichende Untersuchungsmethode und zeigten mir an der Hand von Retorten, daß das einmal Einzige des menschlichen Individuums (sowie der völkischen Einheit) in der spezifischen Mischung der urewig gleichen Elemente besteht, die ganz anders reagieren als sich's unsere in das „Typische“ verrannten Psychoanalytiker träumen lassen. Die sich ähnelnden Mischungen (bei verwandten Menschen oder Völkern) reagieren auf minimale Unterschiede (die während berücksichtigt und nicht in einen psychoanalytischen Topf gemorfen werden wollen) ungemein stark, während Naturen von weit auseinander liegenden, ins Auge springenden Unterschiedlichkeiten viel Sinn für das trogdem Gemeinsame herauskehren ... um mit meinem Bruder gut auszukommen, muß ich vor allem dem Individualitätsunterschied gerecht werden, einem Zukünftigen gegenüber muß ich das uns verbindende allgemein Menschliche herauskehren.

Die in unserer Praxis herrschende Verwirrung löst uns als Menschenkenner die nur die Resultate kennenden Führer und Verführer der Massen bezeichnen, welche die Individualität im einzelnen oft gar nicht respektieren und große Menschenverächter sind. Die Teufel zeigten mir, daß auch jene anderen, Don Juans genannten, Verführer ihr fast immer gelingendes Kunststück

mir zu Karl! ... So ist es! ... Aber woher weiß dieser Dichter das? — Ach, er soll mehr und noch vieles zu ihr sprechen, vielleicht auch einen Trost! Aber wie denn? Er ist verstummt!

Mit überstreichender Stimme ruft die Frau gegen die Zeitung: „Ja laß mir das bißchen Feierabend nicht nehmen! Auch von dir nicht, Karl!“

Sie schaltet den Lautsprecher wieder ein. Der Mann stellt sich vor sie hin, kaffig und mit ösen Augen. Er hebt die Hand.

Elisabeth mißt ihn stumm und reglos. Dann fragt sie: „Run?“

Mit einem erstickten Aufschrei, das die schwache Stimme des Dichters erstickt, lehrt der Mann sich ab und geht auf den Balkon. Die Tür reißt er hinter sich zu.

Worte, viele Worte strömen weiterhin durch die Stube. Doch die Frau, die weinend auf dem Sofa sitzt, ist jetzt taub für ihre Melodie und blind für ihre Schönheit. Sie wähnt schwarz, ja, ganz schwarz zu sein, innen und außen — wie eine Trauernde.

Erst sehr viel später horcht sie wieder auf, die Handflächen vom Gesicht lösend. „Kastanienbaum in der Nacht“, sagt der Dichter und spricht:

Dämmern seine Blütenkegel vor der Blätter dunklem Schlofen nicht wie sanft gewölbte Segel vor dem mitternäch'tgen Hofen? Brennen sie nicht auf wie Kerzen in der Krypta kühlem Schweigen? Oder ... wie durch blinde Schmerzgen einer Hoffnung Lichtersteinen?

Elisabeths Augen suchten die Kastanie draußen vor dem Balkon. Ja, da sind sie, die sanft gewölbten Segel, die Kerzen! Und soll man nun glauben, daß da auch eine Hoffnung ...?

(Fortsetzung folgt.)

nicht durch Kenntnis der Individualität, die gerade von ihnen beiseite geschoben wird, sondern durch das genaue Auskultivieren des allgemeinen, unausbleiblichen Reagierens in bestimmter Hinsicht fertigbringen. Diese Gruppe von Kennern versteht die Menschen nicht so sehr, als sie sie bloß richtig zu behandeln weiß — während (das sah ich dann zu meinem Schmerz) die großen Verstärker wiederum passioe Naturen sind und nicht mit Menschen umzugehen wissen.

Die Teufel illustrierten mir durch filmische Einblicke in eine große Zahl menschlicher Gemeinschaften, hauptsächlich Ehegemeinschaften, daß wir auf dieser Erde entweder richtig verstanden und falsch behandelt oder richtig behandelt und unverstanden sind. Unzählige Frauen, die ihre Männer zu kennen vorgeben, kennen nur ihre Schwächen, womit sie sie allerdings beherrschen. Männer wiederum, die ihre Frauen (als Liebhaber) instinktiv richtig behandeln und daher genau zu kennen glauben, wissen mit deren Individualität nichts anzufangen, wodurch der Typ der unverstandenen Frau entsteht oder sie sind große Psychologen und schlechte Diplomaten. Der irdische Friede würde dadurch hergestellt, daß man zwischen dem Kennen und Behandelnformen die ausbalancierende Formel in Anwendung bringt. „Teufel, Teufel, Teufel“ schrie ich (gierig diese Zauberformel zu kennen, denn ich hatte, mich als Anpassungsfrage durch die Welt schlagend, diese niemals beim Schlafstücken zu packen verstanden) ... aber über meinem Schreien erhoben sich alle 500 Teufel gegen mich. Ich schoß wie ein gejagter Hase durch die Hölle, mich vergebens an der schönen Teufelin haltend, die sich abwandte (als ich sie einen Engel des Himmels nannte), begann zu strampeln und um mich zu schlagen ... „Er hat schon wieder Fieberphantasien“, sagte die Krankenwärterin, und steckte mir das Thermometer in den Mund ...

Erna Küling: Katze und Silberpapier

Wieze ist ein reizendes Käpchen. Kein Mensch ist glücklicher Besitzer ihres Geburtscheins, aber da man allgemein sagt, Katzen geraten so besonders gut, muß Wieze unbedingt eine Katze sein.

Wieze ist stets spielfreudig, wachslustig, müßiggierig. Sie hält Haus und Hof rein von lästigen Nagern, tut also, vom menschlichen Rührlichteistandpunkt aus betrachtet, ihre Pflicht. Körperlich ist sie untaffelig sauber. Im Charakter ist sie selbstbewußt und außerordentlich selbständig, doch da sie diese Selbständigkeit dem ruhigen Betrieb des Hauswesens einordnet, wird ihre stark betonte Eigen-Tierlichkeit nicht als störend empfunden.

Sie spielt für ihr Leben gern. Da die Menschen diesen Spieltrieb als steten Anreiz des Rührlichteistands betrachten, wird er freundlich als gegebenes Taschengeld hingegenommen.

Doch neulich hatte Wieze abscheuliches Pech. Auf dem Teppich fand sie Silberpapier, das zu einer kleinen Kugel gedreht war. Sofort pfälte sie und spielte kullernderweise Ball. Sie lag auf der Baur, sie folgte dem rollenden Ball und trieb ihn durch ein paar Hiebe zu neuer kullernder Bewegung an. Dabei geriet sie zwischen die, nur einen Spalt breit geöffnete Tür. Die Schlag zu und Kemme der armen Wieze die Schwanzspitze ab. Wieze schrie entsetzlich und ihr lautes Jammern setzte sich als übertragenes menschliches Wehklagen

im ganzen Hause fort. Jeder wollte helfen und keiner getraute sich die fast abgetrennte Schwanzspitze anzufassen. Bis der Herr des Hauses Schwanz und Schwanzspitze nahm und sie beide mit Heftpflaster aneinanderlebte. Doch die Natur kennt keinen Heilungsprozess mittels Heftpflaster. Wieze scheuerte das Heftpflaster ab und wurde so die Schwanzspitze los.

Trogdem ist Wieze wieder voll lustiger Streiche und unentwegt guten Mutes. Reß turnt sie auf dem Bußeß zwischen den hauchdünnen chinesischen Teetassen und wirft keine entzwei, regungslos sitzt sie stundenlang vor einem Waueloch, um Beute zu machen, und Regenwürmer holt sie sich aus den Pfügen, da sie nicht einmal wasserfeste ist. Nichts imponiert ihr, nichts erschrickt sie, nur das kleinste Stück Silberpapier bringt sie außer Rand und Band. Sie jittert vor Wut sie kann sich weder selbst noch läßt sie sich beruhigen und sie schilt in ihrer scheußlich lauchenden Regenart; das Silberpapier, ja, das Silberpapier ist schuld an der verlorenen Schwanzspitze!

★

Ich sehe die Katze in ihrem furchtbaren Vernichtungswillen und ich denke darüber nach, ob den Menschen auch wohl so ähnliche Verwechslungen wie der Katze mit dem Silberpapier unterlaufen?

Arbeiterbewegung und Mittelstand

Der Sozialismus ist kein Tyrann, sondern ein Befreier / Von Erik Nölting

Während frühere Krisen der Hauptsache nach nur die beiden Flügelgruppen der kapitalistischen Gesellschaft durcheinander schüttelten, werden heute von dem trübsinnigen Zugriff auch jene Volksteile erfasst, die sonst jenseits der Sturzzone in unruhiger Hastenille ein relativ gesichertes Dasein führten. Die imperialistische Herrschaft ist im großen gesehen zum Abbruch gekommen, was in Asien gegenwärtig aufzuatmen ist ein Nachgemitter, unter dessen Donnererschlägen die Kolonisationsepochen übergeht in den Prozess der Gegenkolonisation. Bei der seine Dynamik nicht mehr in der gemächten Weise an den Außenfronten zur Entladung bringen kann, muß der zurückgeworfene Kapitalismus die Macht seines Konkurrenzstoßes jetzt wieder stärker an der inneren Front ansetzen, dadurch für

man doch gewinnen wollte. Der Herrschaftsanspruch des Proletariats, den man deklarierte, wurde als diktatorische Annäherung empfunden, der man sich mit erbitterter Zähigkeit widerteigte.

Die als Beglücker zu kommen vermeinten, empfand der Mittelstand vielsach als Tyrann.

Das Evangelium, das sie verkündeten, stieß auf Ablehnung und weckte kein Echo.

Soll man die Mission einstellen, die Hoffnungen begraben und nun zur Zuchtstufe greifen, weil die göttliche Zurede kein Gehör fand? Soll man die mit Zwangsmethoden einstampfen, die sich einer freiwilligen Bundesgenossenschaft verweigert? Aber das handwerkliche Arbeiterproletariat ist nicht der zahlenmäßig beherrschende Volksteil, geschweige denn die „übergroße Mehrheit“, von der man einst so gerne sprach, und im rationalisierten Kapitalismus vor allem keine wachsende Gesellschaftsschicht mehr.

Neben dem eigentlichen Proletariat entstehen, es im Wachstum überflügelt, im heutigen Kapitalismus Massenminderheiten, die nicht handarbeitende Schichten sind. Dem Arbeiterproletariat steht ein städtisch-ländlicher Mittelstand von gleicher Stärke gegenüber, den man nicht einfach mit einem Handreich überwältigen kann, denn auch er ist ökonomisch und sozial durchorganisiert und keineswegs ein ohne weiteres zu überrennender formloser Haufe. Die Zuchtstufe wäre auch hier ein wenig geeignetes pädagogisches Mittel.

Was also soll man tun? Die richtige Laktif anwenden!

Das aber bedeutet, daß man den sich dem Kapitalismus entwindenden Schichten Raum läßt, ihre Emanzipation in den ihnen gemäßen Formen zu vollziehen. Der Anhänger der materialistischen Geschichtsauffassung darf am allerwenigsten vergessen: politische Ideologien formen sich nach der zugrundeliegenden ökonomisch-sozialen Lebenslage. Diese aber ist beim Proletariat und beim Kleinbürgertum nicht ohne weiteres identisch.

Benutztes, auf Unterdrückung anderer beruhendes Leben kann der Sozialismus niemals einräumen. Das Profitzrecht des Großbürgertums kann er unmöglich zugestehen, hier gibt es nur kämpferische Auseinandersetzung. Mehrwert kann nur bezogen werden, wenn an dem anderen Ende der Gesellschaft Minderwert hingenommen werden muß. Sozialismus aber will den Strom arbeitslosen Einkommens zum Verfliegen bringen. Kapitalistisches Großvermögen, das aus der Unterdrückung abhängiger Arbeitskraft seine Tribute entzieht, hat keinen Platz in der sozialistischen Vorstellungswelt.

Über vom bourgeoisen Raubvermögen ist mit aller Deutlichkeit zu sprechen das Arbeitseigentum, das nicht Ausbeutungs-, sondern Arbeitszwecken dient. Das Land des Bauern,

das Werkzeug des Handwerkers, der Laden des kleinen Händlers sind Arbeitseigentum und daher außerhalb der Zone der Sozialisierung. Wo das Eigentum jenseits ist, da ist die Sozialisierung zwecklos.

Das Proletariat wird aus seiner Eigenumslosigkeit heraus zwangsläufig zur Sozialisierung getrieben. Den proletarischen Massen ist der Wunsch nach Gemeinwirtschaft eingeboren, denn nur die Bergesellschaftung des Produktionsapparates vermag jene Trennung des Arbeitenden von seinem Arbeitsmittel zu beseitigen, aus der sich die Klassenpaarung der Gesellschaft ergibt. Wo aber diese Beseitigung der Arbeitkraft von ihren Produktionsgrundlagen gar nicht vorliegt, führt die Sozialisierung ins Leere. Hier läßt der Sozialismus nicht als Befreier, sondern als Unterdrücker. Das sozialistische Programm aber enthält die Beseitigung jeder Unterdrückung.

Sozialisieren wir die Kommandohöhen der Wirtschaft, aus dem Hofe des Bauern schneidet man keine Coupons! Räumen wir durch Sozialisierung des kapitalistischen Großvermögens den ständigen Krisenherd aus, damit vermögen wir auch dem Mittelstand zu geben, was ihm gebührt: Krisenfestigkeit und selbständige Sicherheit im Rahmen einer planwirtschaftlich geleiteten Gesamtökonomie. In unserem Sozialismus muß ein jeder, der durch seine Ansprüche das Leben der anderen nicht schmälert und das der Gesamtheit nicht gefährdet, Lebensraum finden. Wenn wir Profitzrecht nicht konzedieren können, so doch Lebensrecht.

Demokratischer Sozialismus kann im Gegenteil zum Diktatorsozialismus die Plattform bilden, auf der sich grundtätig eine Sammlung aller vom Kapitalismus bedrückten Schichten vollziehen kann. Sozialismus soll jedem in der für ihn gemäßen Form die Scholle unter die Füße zurückgeben, die im Kapitalismus zerstört wurde. Wenn wir heute die Mittelschichten rufen, damit sie als Bundesgenossen zu uns stoßen und gemeinsam mit uns die antikapitalistische Mehrheitsfront formieren, so geschieht das nicht, um sie in das kapitalistische Proletariat zurückzustoßen, sondern um sie tatkräftig werden zu lassen unserer großen Zukunftshoffnung, die ihre und unsere Entproletarisierung bedeutet.

Dollarkredit der Reichsbank verlängert

Der Verwaltungsrat der Reichsbank für internationalen Zahlungsausgleich in Basel, stimmte in seiner Sitzung am Montag der Verlängerung der in der Zeit der Bankenkatastrophe an die Reichsbank gegebenen Dollarkredite um drei Monate zu. Dieser Kredit erreichte ursprünglich 100 Millionen Dollar, von denen inzwischen

14 Mill. Dollar zurückgezahlt wurden. Die an dem Kredit beteiligten Notenbanken Englands, Frankreichs und der USA werden sich bis zum 4. März noch über die weiteren Zeitrückzahlungen der Reichsbank zu entscheiden haben. Die Präsidenten dieser Banken haben im Hinblick auf Deutschlands gebesserte Devisenlage 20 Mill. Dollar Rückzahlung gefordert, während Dr. Luther erklärte, nur eine Tilgung von 10 Mill. Dollar am 4. März zugelassen zu können.

Handelskrieg beendet Deutschland und Argentinien

Der deutsch-argentinische Handelskrieg ist jetzt durch das Einlenken Argentiniens beendet worden. Der Konflikt wurde dadurch ausgelöst, daß Ende vergangenen Jahres Argentinien unter Bruch des bestehenden Reistbegünstigungsvertrages deutsche Waren zollrechtlich schlechter stellte als Importe anderer Länder. Die deutsche Regierung hatte darauf mit Kampfzöllen unter Einschaltung des Obertribunals auf argentinische Waren (bis zu 100 Proz. erhöhte Zölle) geantwortet.

Das schnelle Einlenken Argentiniens spricht dafür, daß in der Regierung sich der wirtschaftspolitisch sehr vernünftige Standpunkt durchgesetzt hat, ein Zollkrieg mit Deutschland müsse dem Lande leurer zu stehen kommen, als durch eine Erhöhung deutscher Einfuhr zu gewinnen wäre. Von der gegenwärtigen deutschen Regierung wird man bei den handelspolitischen Konflikten, die sich mit Schweden, Holland und Dänemark bereits am Horizont abzeichnen, eine so vernünftige Einstellung allerdings nicht erwarten können.

Der Handelskrieg ist damit liquidiert worden, daß deutsche Waren wieder die volle Reistbegünstigung genießen und für argentinische Waren mit rückwirkender Kraft vom 9. Februar die Strafzölle des Obertribunals wegfallen.

Hausbesitzer-Reaktion Gegen jedes soziale Mietrecht

Die Hausbesitzer gehen nach dem Regierungsantritt Hitlers und Hugenburgs aufs Ganze.

Ein Delegiertenverhältnis der Hausbesitzerorganisation forderte von der Regierung die sofortige Aufhebung der gesamten Wohnungszwangswirtschaft. Daß das nicht nur Umgestaltung des Mietrechts nach sozialen Gesichtspunkten geschehen dürfe und werde, darüber haben bisher alle Regierungen bindende Versprechungen abgegeben. Den Hausbesitz interessiert das nicht — das soziale Mietrecht sei „überflüssig“ und „für die Volkswirtschaft schädlich“.

Die Herren Hausbesitzer mögen sich gefast sein lassen: für die Mieter ist ein soziales Mietrecht keineswegs überflüssig, sondern sehr notwendig, besonders unter den neuesten Regierungsverhältnissen. Die breiten Massen verzichten nicht auf ein soziales Mietrecht.

Im übrigen wurde Herr von Popig, auch heute noch Reichskommissar für die preussischen Finanzen, „marxistisches und staatssozialistisches Denken“ vorgeworfen! Gegen dessen inzwischen angeblich erledigten Plan, die Hauszinssteuer zu verrenten, wurde heftig protestiert, obwohl er den Hausbesitzern sofortige Erleichterung und keinerlei neue Lasten bringen sollte.

Die Mitarbeit des Hanfabundes sollten sich für die Zukunft Wighlätter sichern. Der Hanfabund ließ nämlich als neueste Weisheit erklären, daß in Deutschland massenhaft vagabundierende Spargelder vorhanden seien, die keine Anlage finden und den Geldmarkt überschwemmen, weil es die Hauszinssteuer gäbe! Deshalb habe auch die Reichsbank die Herrschaft über den Geldmarkt verloren! Hier hat sich die reaktionäre Bestimmung eine Korrentappe aufgesetzt.

Ein Notschrei der Mieter

Der Gesamtverband des Reichsbundes Deutscher Mieter e. V. (StB Berlin) hat zur Lage Stellung genommen und an den Reichspräsidenten, den Reichsminister, den Reichsarbeitsminister und den Reichsjustizminister folgendes Telegramm geschickt:

„Millionen deutscher Mieter sind in größter Not. Die gegen die Volktrügigkeit erhebliche überhöhten Mieten sind vielen unerschwinglich. Hunderttausenden Familien droht die Existenzverluste. Die Mieten und wackelnde Volkstrügung sind unausschleubar. Reichsmietengesetz, Mieterschutzgesetz und Wohnungsmangelgesetz müssen unbedingt in Kraft bleiben, um Verzweiflung zu verhüten. Wohnung und Gewerberaum, die Grundlagen der Existenz des deutschen Volkes, müssen von der Reichsregierung unverzüglich durch Notmaßnahmen gesichert werden.“

16 Proz. Dividende zahlt die Strickgarnfabrik Gebrüder Föhrten & Co. in Gera ihren Aktionären auf das Aktienkapital von 2 Millionen Mark. Im Vorjahr wurden ebenfalls 16 Proz. gezahlt.

Eine Senkung der Telefon- und Drucksachengebühren hat der Postauschuss des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unter Würdigung der Finanzlage der Reichspost und der Privatwirtschaft als vordringlich bezeichnet.

Weisse Zähne: Chlorodont

Zwei vom Reichslandbund

Der Schwindel mit den Kosten in der Landwirtschaft

Am 28. Januar brachte die „Deutsche Tageszeitung“ einen Artikel von Lünings, des Leiters des Rheinischen Landbundes und der Rheinischen Bauernvereine. Aus dem Artikel interessiert uns nur die Behauptung, die Preisdifferenz zwischen Agrarprodukten und Produktionsmitteln habe sich, so sagt v. Lünings, nicht verringert, sondern zugunsten der Landwirte von 32 auf 34 Punkte noch weiter vergrößert. Bei der Viehwirtschaft sei die Spanne sogar auf etwa 45 Punkte gestiegen. Daraus entsteht der Eindruck, daß die Kosten für die Produktionsmittel, nachdem die agrarischen Produktpreise gesunken sind, die landwirtschaftliche Rentabilität zerstört.

In der 10. Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstags vom 18. Januar 1933 hat nun der damalige Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold den Agrariern einige Vorkenntnisse gefast, die ihnen nicht ungenügend in den Ohren geklungen haben. Darauf mußte das Präsidialmitglied des Reichslandbundes von Sybel erklären:

„Er (Sybel) denkt nur an den Dingen an die Produktionsmittel, also Industriegüter, die die Landwirtschaft gebraucht. Die Frage sei, welchen Anteil die Ausgaben für diese Produktionsmittel am Gesamtaufwand der Landwirtschaft habe. Nach einem Gutachten von Körner und Kullig, erstattet für die Friedrich-List-Gesellschaft, betrage dieser Anteil nur 33 Proz. im Gesamtaufwand der Landwirtschaft im Reichsdurchschnitt. In Ostpreußen sei von 650 Betrieben festgestellt, daß nur 24 Proz. der Gesamtaufgaben auf diesen Kosten entfielen. An Hand dieser Untersuchungen sei festzustellen, daß, wenn man bei den Produktionsmitteln eine 10prozentige Senkung vornehme, sich dann nur eine Entlastung der Landwirtschaft um 2,2 Prozent ergebe.“

So schwagen zwei Landbändler gegeneinander in den Tag hinein. Je nachdem, wie es trifft, werden die Argumente vorgetragen. Jedenfalls mußte hier Herr von Sybel den Herrn von Lünings entlarven.

Es ist nämlich ein großer Bluff, wenn die Agrarier dem Gesamtaufwand der Produktionsmittel den Gesamtaufwand der Agrarstoffe gegenüberstellen.

Allgemein gerechnet, entfällt nur ein Viertel des Produktionsaufwandes auf Industriegüter.

Selbstverständlich sind in den letzten Jahren auch die Preise für Herstellung und Unterhaltung der Gebäude gestiegen, gegen 1926 schon bis 1931 um 10 Proz.

Im landwirtschaftlichen Betrieb betragen ferner die Ausgaben für Löhne etwa 35 Proz. und die Ausgaben für Saatgut, Düngemittel und Futtermittel etwa 30 Proz.

Seht man nach der üblichen Verhältnisdarstellung 1926 = 100, so betragen die baren Lohnaufwendungen an Fremdarbeiter im Jahre 1931 111 Proz. Seit 1931 wurden durch Roterordnungen die Löhne aber erheblich gesenkt und die Löhne sind heute unter dem Stand von 1926 angelangt. Bei Saatgut betragen die Verhältniszahlen 1926 = 100 und 1931 nur 88 Proz. Bei Düngemitteln 1926 = 100 und 1931 nur 95 Proz., wie überhaupt in dem verflochtenen Jahrzehnt der künstliche Dünger niemals leurer war als in der Vorkriegszeit.

Kuders liegt es nur bei den Futtermitteln. Die Preise stiegen von 1926 = 100 bis 1928 auf 180 Proz., fielen 1930 auf 165 Proz. und fanden 1931 noch bei 122 Proz. Die Ausgaben für Futtermittel betragen je nach der Betriebsgröße und Viehhaltung zwischen 10 und 15 Prozent der gesamten Betriebsausgaben. Gerade die Verteuerung der Futtermittel hat der Reichslandbund durch seine unerzünftige Zollpolitik bewußt selbst herbeigeführt.

Abschließend sei ausdrücklich bemerkt, daß die genannten Verhältniszahlen über die Produktionskosten einer Verbilligung des Deutschen Landwirtschaftsrats entnommen sind, der in einem siebenjährigen Durchschnitt bis Mitte 1931 die Buchführungsresultate aus mehr als 3600 Betrieben in Deutschland geschildert hat. Die Landbändler widerlegen den ständig wiederholten Bluff mit der Preisdifferenz also selbst und mit eigenem Material. Dennoch wird die Wahrheit in der Landbunddemagogie bewußt unterschlagen.

den Mittelstand allen und neuen Gepredes schwere Zeiten

heranzuziehen. Ein in seiner äußeren Bewegungsfreiheit gefesselter Monopolkapitalismus verengt ihm zusehends den Lebensraum. Damit wird auch für jene Gruppen, die ihre soziale Lagerung zur Rechten des handarbeitenden Proletariats fanden, der Kapitalismus immer mehr eine „unmögliche Ordnung“, gegen die eine nielsach noch sehr konfus und ziellos anmutende Rebellion langsam in Gang kommt.

Der Flakerbrand sozialer Unruhe ergreift den Kleinbürger, damit beginnt ein neues und folgenschweres Kapitel der Politik. Der Kleinbürger lehnt sich in Marsch, durchbricht das Gehäuse der alten Ordnungsparteien — nach welchem Rhythmus wird er marschieren?

Seinem Aufbruch gegen die Nationalsozialismus ein mildes Sturmlied, bei dem Joseph Goebbels den Taktstock führte. Über die tolle Zigeunermusik verflingt in den Wäldern und will mit dem Marschschritt nicht recht übereinstimmen.

Wied man nun Lakt fassen nach den Lakt der Arbeiter-Markteuse?

Die Arbeiterbewegung erschaut die Welt mit einer grandiosen Vereinfachung. Hier das Proletariat, lamenhaft angeschlossen, ein großer Elendstrom, in dessen reichendem Wogengang auch die Mittelschichten verschlungen werden; drüben die Bourgeoisie, hinstehend und sich selber beglückend in einem selbständigeren Vernichtungskampf. So ordnen sich die Fronten, die dann im Endkampf, dessen Ausgang von vornherein feststeht, aufeinanderprallen.

Während die Arbeiterklasse alle übrigen Volksteile einschließt, sie sozial in das Proletariat, ökonomisch in den Großbetrieb, psychologisch in revolutionäres Klassenbewußtsein einbezieht, auf der anderen Seite nur die berühmte „Handvoll Bourgeoisie“ übrig, ein hoffnungsloser Trupp, über den die Geschichte hinwegschreitet, ihn mit der Expropriation der Expropriateure auslösend. Proletariat, schließt die Reihen! — mit diesem juchzenden Rhythmus zieht man in die letzte heilige Schlacht.

Da äußere Bild scheint die grandiose Endvision zu bestätigen.

Der Mittelstand wurde in die Lebenslage des Proletariats hinabgedrückt, jomweiter nicht in noch größerer Elendstiefe versank. Es gibt in dieser Krise mehr arbeitslose Angestellte, als man in früheren Krisen beschäftigungslose Handarbeiter zählte. Die noch nicht aus dem Produktionsprozeß abgedrängt wurden, leben in der gleichen Existenzunsicherheit wie der Arbeiter, die Einkommensbezüge liegen kaum noch höher als die Arbeiterlöhne. Ueber zahllosen Bauernhöfen kreist der Pleitegeier. Durch Stellenverlust und fortgesetzten Gehälterabbau sind auch große Teile des Beamtenheeres in

soziale Todeshölle mit dem Arbeiter

geraten. Den Keinen Sparern und Rentnern wurde eine Lebensführung aufgezwungen, die in vielen Fällen unter dem proletarischen Lebensstandard liegt. Was wäre bei einer solchen Situation natürlicher, als daß sich unter Führung der alten Revolutionsgruppe Arbeiterproletariat die große revolutionäre Einheitsfront gegen den Kapitalismus formierte?

Man hat geglaubt, beschleunigend auf das Tempo der erwarteten Entwicklung einzuwirken zu können, daß man in der Literatur und bei der Agitation die grandiose Unerbittlichkeit und absolute Zwangsläufigkeit eines solchen Scheiterns dramatisch untertrieb. Damit hoffte man die längst als überjährig empfundenen Stehfragen-Hemmungen am besten auszuräumen zu können.

Wenn trotz aller Ueberredungsstünde der Mittelstand nicht über die Schwelle treten wollte, so hatte er eben ein der Verantwortlichkeit seiner ökonomischen Situation nicht entsprechendes „faßliches Bewußtsein“, über das man, um es zu kurzweilen, die Schale seines Wahnes ergoß. Wer noch vor dem Kopfsprung in den Degen des Proletariats juristischredete, wurde als „Reiche auf Urlaub“ verhöhnt, und der allgemeinen Lächerlichkeit preisgegeben.

Daß einer mit solch massiven Mitteln arbeitenden Agitation der praktische Erfolg versagt blieb, ist kaum verwunderlich. In Wirklichkeit verteilte man damit nur die inneren Widerstände und Bewußtseinshemmungen jener Schichten, die

Die Tragik des Bergarbeiters

Aus der Arbeit hinausgearbeitet

Die Bergwertbefitzer des Ruhrgebiets haben, wie bereits gemeldet, den Rahmentarifvertrag zum 31. März gekündigt. Zum gleichen Tage haben sie auch die bestehende Lohnordnung gekündigt, und zwar, damit die Arbeiter sich keine Illusionen machen, wie es wörtlich in dem Kündigungsschreiben heißt,

„Zum Zweck der Ausfoderung der bestehenden Lohnordnung.“

Ausfoderung? Ein nicht mehr neues Wort für beabsichtigte Lohnsenkung. Geniert man sich angesichts des niedrigen Bergarbeitereinkommens, seine Absicht klar auszudrücken? Und dann: Am 5. März ist Reichstagswahl. Da ist es gut, seine Absicht in Worte zu kleiden, die man zunächst drehen und deuteln kann.

Aber auch die Bergarbeiter haben Ausfoderungswünsche. Sie wünschen, daß die Dauer der Arbeitszeit „aufgelockert“, d. h. verkürzt wird. Das ist besonders im Ruhrbergbau notwendig und tragbar.

Der Ruhrbergbau hatte 1929 die höchste noch nie zuvor erzielte Kohlenförderung. Im arbeitstäglichen Durchschnitt wurden 407 200 Tonnen Steinkohle zu Tage gefördert. Die Jahresförderung erreichte die Höhe von 123,6 Millionen Tonnen. Diese Rekordförderung war begünstigt von der damals noch guten Konjunktur und dem überaus strengen Winter in 1928/29. Sie wurde mit 354 577 Bergarbeitern, die im Jahresdurchschnitt angelegt waren, erzielt. Nicht einbezogen sind die in den bergbaulichen Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter. Sie haben mit der Kohlegewinnung und -förderung nichts zu tun.

Im Jahre 1929 betrug der Fördereffekt 1271 Kilo je Mann und Schicht.

Tollt man die arbeitstägliche Förderung von 407 200 Tonnen = 407 200 000 Kilo durch den Fördereffekt von 1271 Kilo, dann ergibt sich, daß im arbeitstäglichen Durchschnitt 320 377 Arbeiter beschäftigt waren, um diese Produktion zu gewinnen. Die Differenz zwischen der angelegten und der im arbeitstäglichen Durchschnitt beschäftigten Belegschaft beträgt 34 200 = 10,67 Proz. Sie feierten, waren krank oder beurlaubt. Zum Vergleich sei nun auf das Jahr 1913 zurückgegriffen.

1913 stellte sich der Fördereffekt auf 943 Kilo je Mann und Schicht.

Um die arbeitstägliche Förderung des Jahres 1929 von 407 200 Tonnen zu erzielen, hätten 431 813 Bergarbeiter arbeitstäglich beschäftigt und bei etwa 10 Proz. Feiern, Kranken und Beurlaubten 470 000 Mann angelegt sein müssen. Da aber der Fördereffekt von 943 Kilo in 1913 auf 1271 Kilo in 1929 gestiegen war, brauchten nur 320 377 Mann, also 111 436 = 34,7 Proz., weniger im arbeitstäglichen Durchschnitt beschäftigt zu werden, um die Fördermenge von 407 200 Tonnen je Arbeitstag zu erzielen. So wirkte sich die Erhöhung des Fördereffektes aus. Die Arbeitsintensität blieb aber nicht stehen, sondern stieg weiter und weiter.

1932 betrug der Fördereffekt 1623 Kilo je Mann und Schicht. Bei diesem Fördereffekt würde die Fördermenge von 407 200 Tonnen mit 250 893 im arbeitstäglichen Durchschnitt beschäftigten Bergarbeitern erzielt werden können, während 1929 hierfür 320 377 benötigt wurden. Die angelegte bergmännische Belegschaft hätte nur 275 000 zu betragen brauchen, während sie 1929 im Jahresdurchschnitt 354 577 Mann betrug.

Selbst bei allerbesten Konjunktur, wie sie 1929 der Ruhrbergbau zu verzeichnen hatte, würde die Belegschaft um mindestens 80 000 abgebaut werden müssen, weil der Fördereffekt in so ungemein harter Weise angeht.

Er betrug am Jahresende 1932 sogar 1680 Kilo je Mann und Schicht.

während in vorstehenden Berechnungen der Jahresdurchschnittseffekt von 1623 Kilo zugrunde gelegt wurde.

Unter dem Druck der Wirtschaftskrise ist die arbeitstägliche Fördermenge des Ruhrbergbaus auf 240 130 Tonnen in 1932 gesunken. Der Rückgang gegen 1929 beträgt 167 070 Tonnen = 40,7 Proz. Die Belegschaft sank in derselben Zeit von 354 577 Mann auf 190 580 = 46,2 Proz. Damit ist die Tragik der Ruhrbergarbeiterschaft aber noch nicht erschöpft. Es wurden 1932 auch noch über 9 Millionen Feierschichten zu je 8 Stunden eingelegt. Wären die Feierschichten ausgeschaltet worden, dann hätte die bergmännische Belegschaft sogar auf 160 000 Mann herabgedrückt werden können. Diese Zahl hätte genügt, um die ar-

beitstägliche Fördermenge von 240 130 Tonnen zu gewinnen.

Es ist nicht anzunehmen, daß in den nächsten Jahren eine Konjunktur zu erwarten ist, die den Ruhrbergbau verpflichtet, arbeitstäglich 407 200 Tonnen Steinkohle zu gewinnen, um den Bedarf zu decken. Wenn einmal wieder 350 000 Tonnen arbeitstäglich gewonnen werden, dann wird man von einer guten Konjunktur sprechen.

Wenn keine Feierschichten mehr eingelegt werden, dann kann die arbeitstägliche Förderung schon ungefähr auf 280 000 Tonnen ansteigen, ohne die Belegschaft auch nur um einen Mann zu erhöhen.

Vorauszusetzen ist, daß der Fördereffekt auf der Höhe von 1623 Kilo stehenbleibt. Das könnte zu bestreiten versucht werden. Dem sei jedoch entgegengehalten, daß er am Jahreschluß 1932 schon 1680 Kilo betragen hat, so daß vorstehend schon ein gewisser Rückgang einkalkuliert ist. Wenn die Belegschaft des Ruhrbergbaus auf 240 000 Mann ansteigt, dann wird bei dem Fördereffekt von 1623 Kilo die arbeitstägliche Förderung von 350 000 Tonnen auch dann erreicht werden, wenn ungefähr 10 Proz. feiern, krank oder beurlaubt sind.

Aus diesen Berechnungen und Ueberlegungen ergibt sich unabweislich, daß, wenn der Beschäftigungsgrad der Ruhrbergarbeiter wesentlich gehoben und die Arbeitslosigkeit fühlbar gebannt werden soll,

die Arbeitszeit verkürzt werden muß.

Es ist unerträglich, zu sehen, daß die Förderleistung je Mann und Schicht seit 1925 von Monat zu Monat ansteigt und die Arbeitslosigkeit nicht nur durch die Wirtschaftskrise, sondern auch durch den Aufstieg der Förderleistung immer größer wird und selbst in Zeiten einer guten Konjunktur nicht gebannt werden könnte, wenn die gegenwärtige Arbeitszeit aufrechterhalten bleibt. Darum muß die Arbeitszeit ganz besonders im Ruhrbergbau, sei es durch die Rückkehr zur Siebenstundenschicht, sei es, indem die Bierzigstundenwoche eingeführt wird, verkürzt werden. Das ist die Forderung, die die Bergarbeiterorganisationen den Tarifauflösungswünschen der Unternehmer entgegenhalten und an die Regierung zu stellen haben. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen sind im Ruhrbergbau gegeben, um diese Forderung zu erfüllen. Darum vorwärts zur Tat!

merkung gegenüber den kühnen Behauptungen der KPD. Solange sich deren Führer eine Einheitsfront nur so vorstellen können, daß die „Verbündeten“ aufeinander schimpfen und aufeinander schlagen, solange wird es für jeden Arbeiter klar sein, daß die KPD. nicht die Einheitsfront, sondern nur ein Einheitsfrontmanöver will.

Last der Freizeit

Auf der Flucht vor dem Müßiggang

Die Kleinigkeit, die dem Arbeitsmann immer zum Glückseligkeit fehlte, war „Zeit, nur Zeit“. Heute haben sieben und eine halbe Million deutscher Arbeiter viel, viel zu viel Zeit; nur Arbeit fehlt ihnen, und Brot, und Obdach, und das Recht auf Leben.

Die Last der freien Zeit ruht schwer auf ihnen, am schwersten vielleicht auf den jungen Menschen. Die Familie, die meist selber bittere Not leidet, muß den rüstigen, arbeitslosen Jugendlichen ernähren und beherbergen, und der gemeinsame Hunger und der gemeinsame beengte Wohnraum machen dieses Zusammenleben vielfach auf die Dauer so bitter, daß der Arbeitslose nur einen Ausweg sieht: Flucht, Flucht auf die Landstraße oder sogar Flucht in den Tod.

Eine Unterredung, die Walter Rajcke, der Jugendsekretär des ADGB., vor dem Mikrophon der Berliner Funkstunde mit drei Schülern der Bundeschule des ADGB. in Bernau, drei jugendlichen Erwerbslosen hatte, machte dieses Gland deutlich.

Wandernde Jugendliche floh aus seinem heimlichen Elend in den freiwilligen Arbeitsdienst. Hier ist es wenigstens ein paar Wochen ihm entzogen oder der Not der Obdachlosigkeit. Der Werkstudent, der keine Arbeit mehr findet und deshalb sein Studium abbrechen muß, schiebt die Versorgung im Arbeitsdienst als Atempause vor seine hoffnungslose Zukunft. Der Jugendliche, den der Hunger auf der Landstraße stehen lehrt, läßt sich vom Jugendpfleger hierher überweisen. Der Milchausträger, der mit Vater, Mutter und neun Geschwistern, davon zwei schulpflichtig und fünf arbeitslos, in Stube, Kammer und Küche hausen mußte, kommt ins Arbeitslager. Niemand sucht etwas anderes als Schutz vor dem bittersten Elend. Alle wissen, daß nach Ablauf der Arbeitsdienstzeit das alte Elend auf sie wartet.

Einige Hilfe für die erwerbslose Jugend läßt sich nur dadurch bieten, daß man ihr eine dauernde Gemeinschaft öffnet: den Kreis der Gewerkschaftsjugend oder der sozialistischen Arbeiterjugend. Die drei Gesprächsteilnehmer stammten aus den verschiedensten Teilen des Reiches, aus Berlin, Ostpreußen, Bayern. Sie alle sind in der Jugendbewegung tätig. Ihre Berichte zeigten, was am dringendsten notwendig ist, um die erwerbslose Jugend vor dem Zerbrechen zu bewahren: Gemeinschaft, Effen, Arbeit, Körperliche Arbeit, sinnvolle Arbeit ist für die arbeitslose Jugend ein Weichheit, nach dem sie sich drängt. Zur geistigen Arbeit muß sie vielfach erst in der Gemeinschaft erzogen werden; denn längere Arbeitslosigkeit läßt auch den geistig Interessierten, der die ersten Wochen und Monate seiner unfreiwilligen Freizeit durchaus sinnvoll auszufüllen verstand, meist erschaffen. Wirkliche Hilfe jedoch — in diese Feststellung klang die Unterhaltung aus — kann nur in der Schaffung von normalen Arbeits- und Einkommensverhältnissen den werktätigen Menschen, der werktätigen Jugend zuteil werden.

BVG. - Kundgebung der Eisernen Front!

Am Donnerstag, dem 16. Februar 1933, 19.30 Uhr, in den Gesamträumen der Kammersäle, Teltower Str. 1-4. Paul Löbe spricht über das Thema: Herrenrecht oder Volksrecht? Es wirkt mit der Männergesangsverein der BVG Betriebssekretariat.

Achtung, Schuhmacher! Heute, Dienstag, findet im Gewerkschaftshaus die Jahresgeneralversammlung des Zentralverbandes der Schuhmacher statt. Die Mitglieder werden erlucht, diese sehr wichtige Versammlung zu besuchen.

Angestelltenräte!

Einheitsfrontmanöver der KPD.

Daß die Mitglieder der Betriebsvertretungen sich in ihrer überwiegenden Mehrheit als Funktionäre der freien Gewerkschaften fühlen, ist der KPD. ein Dorn im Auge. Der Eindruck der mächtigen und geschlossenen Kundgebung der Betriebsräte auf der Betriebsratkonferenz im Januar soll möglichst verwischt werden. Ein Herr Hellige aus Berlin-Frohnau hat unter wilden Beschimpfungen der freien Gewerkschaften für den 14. Februar eine „Konferenz der Berliner Angestelltenräte“ nach dem Reichstag einberufen. Ein Herr Bohnenstengel soll dort den Angestelltenräten kommunistische Kampfkraft beibringen, die darin besteht, zuerst einmal die vorhandenen Kampforganisationen zu schwächen, wenn möglich, zu zerbrechen.

In dem Ruf wird von einer „Konferenz“ gesprochen, auf den Eintrittskarten ist nur noch von einer „Besprechung“ der Vertreter verschiedener Betriebe mit dem kommunistischen Reichstagsabgeordneten Torgler die Rede.

Freigewerkschaftliche Angestelltenratsmitglieder nehmen ihr Amt zu ernst, um sich gegenwärtig mit Herrn Bohnenstengel und ähnlichen Strategen herumzuschlagen. Da die Herrschaften ohnehin enttäuscht wären, wenn ihrer Einladung wirkliche Angestelltenvertreter folgten würden, wollen wir sie auch ruhig unter sich lassen.

Zentralverband der Angestellten.

Nicht so hitzig!

Auf Antrag der Unternehmer sollte gestern vor dem Schlichtungsausschuß über den Neuabschluss des Lohn- und Manteltarifvertrages für die Berliner Möbeltransportarbeiter verhandelt werden. Zu diesen Schlichtungsverhandlungen ist es aber nicht gekommen.

Die Unternehmer hatten beim Schlichtungsausschuß die Tariffürhilfe beantragt, ohne vorher mit dem Gesamtverband direkte Verhandlungen geführt zu haben. Dieses übereilte Vorgehen war von ihnen mit der Behauptung begründet worden, der Gesamtverband habe die direkten Verhandlungen zu verschleppen, um in die Umzugszeit hineinzugelangen und dann die Unternehmer unter Druck setzen zu können. „Unter Druck setzen“ dürfen natürlich nur die Unternehmer ihre Arbeiter.

Aus dem Briefwechsel mit den Unternehmerorganisationen konnten die Vertreter des Gesamtverbandes aber nachweisen, daß sie sich für die Mitte Februar zu weiteren Verhandlungen bereit erklärt hatten. Da Lohn und Manteltarif noch bis zum 28. Februar Geltung haben, standen noch 14 Tage zur Verfügung, um zu einer Verständigung zu kommen.

Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses lehnte es daher auch ab, einzugreifen, bevor nicht direkte Verhandlungen geführt worden sind. Diese finden nunmehr am Mittwoch statt.

Einheitsfront oder nur Manöver?

Ein Angebot der RGO.

Die RGO. hat durch ihre Bezirksgruppe für Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark an den Ortsausschuß des ADGB. Berlin ein Schreiben gerichtet, in dem eine Reihe von Aktionen „als ersten Schritt zur Verständigung“ vorgeschlagen wird und auch sonst die einzuschlagende Taktik vorweg genommen wird. Der Ortsausschuß des ADGB. hat darauf mit folgendem Schreiben geantwortet:

„Daß wir stets für eine Einheit der Arbeiterschaft waren, brauchen wir nicht nochmals zu betonen, da sie selbstverständlich ist.“

Vertikale Verhandlungen in dieser Frage sind jedoch wertlos, da nur zentrale Verhandlungen zu einem Ziele führen können. Eine zentrale Körperchaft muß sich daher mit der ungerigen in dieser Frage in Verbindung setzen.“

Die kommunistische „Welt am Abend“ bemerkt zu dem Schreiben der RGO., es schiebe die Einheitsfront „auf das Hauptgeleise“. Das kommunistische Blatt fährt fort:

„Mit dieser Feststellung ist auch schon die Antwort auf die Erklärungen und „offenen Briefe“ gegeben, welche in den letzten Tagen verschiedene sozialdemokratische Führer an die kommunistischen Arbeiter gerichtet haben. Stampfer (im „Vorwärts“) und Breitscheid (in der „Berliner Volkszeitung“) schieben die Frage, um die es geht, auf ein Nebengeleise, auf das Nebengeleise eines „Nichtangriffspaktes“ gegen die SPD-Führer. Die Einheitsfront, die sie meinen, ist im Grunde nur eine Einheitsfront gegen die Kritik an der SPD-Führung, eine Einheitsfront zur Vertuschung der Tatsache, daß

verstorbenen Genossen Ebert beginnt also die „Einheitsfront“. Die von dem kommunistischen Blatt in Fettdruck hervorgehobene Wiederholung der kommunistischen Agitationsphrase, die Politik der Sozialdemokratie während der letzten vierzehn Jahre wäre das Gegenteil einer marxistischen Politik gewesen, soll wohl die „Ehrlichkeit“ des Angebots hervorheben. An dem Tag, an dem die RGO. ihr Schreiben verfasste, veröffentlichte die „Rote Fahne“ zu dem Vorschlag eines Nichtangriffspaktes in Fettdruck folgenden Satz:

„Schweigen zur Politik der Gewerkschaftsbürokratie, Zurückweichen vor ihren diktatorischen Manövern, das bedeutet in der gegenwärtigen Situation die kämpfende Einheitsfront verhindern, die Kapitulationspolitik und damit dem Faschismus Vorstoß leisten.“

Und die „Welt am Abend“ bemerkt abschließend: „Wenn die eine Truppe vorwärts marschieren will, die andere Truppe aber zum Rückzug geblasen wird, ist es da möglich, eine vereinte Front zu bilden?“

Danach stellt man sich in der Leitung der KPD. die „Einheitsfront“ so vor, daß die Sozialdemokratie gegen die Agitationsläge „14 Jahre Faschismus“ zu Felde zieht, während ihre „Verbündeten“ im Rücken in anderer Form mit derselben Agitationsläge gegen sie kämpfen.

„Schweigen zur Politik der Gewerkschaftsbürokratie“ würde allerdings bedeuten, daß die kommunistischen Agitatoren statt in der Eisernen Front, im Faschismus den Hauptfeind sehen müßten. Das ist ihnen unmöglich. Wollen sie „Einheitsfrontgebungen“ mit Sprechhören wie ehemals: „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten!“ Dabei die Nazis sich vor Lachen den Bauch halten?

In dem Schreiben der RGO. wird u. a. die Behauptung aufgestellt, der Faschismus könne nicht durch den Parlamentarismus geschlagen werden.

Im letzten Reichstag saßen 196 Nationalsozialisten und 221 Sozialdemokraten und Kommunisten. Hätte dort eine proletarische Einheitsfront auf parlamentarisch-demokratischer Grundlage bestanden, dann wäre Hitler nie Reichkanzler geworden.

Wir beschränken uns auf diese wenigen Be-

Hilferding und die Inflation

Zur Richtigstellung einer Geschichtslüge — Von Alexander Knoll

Solange sich die Propaganda der gegenwärtigen Reichsregierung — und etwa gleichzeitiger Nachfolger derselben — darauf beschränkt, die Sentimentalität und politische Unkenntnis eines Teiles des deutschen Volkes für ihre reaktionären Zwecke durch allerlei rein gefühlsmäßige Redensarten und Gemeinplätze auszunutzen, ist dagegen mit Vernunftgründen und reiner Tatsachendarstellung im allgemeinen nur schwer anzukommen, da diese sich nicht an das Gefühl, sondern an den klügel Verstand und die politische Vernunft wenden, also gerade an diejenigen Eigenschaften, die dem nationalsozialistischen Stimmvieh im allgemeinen abgehen.

In den Fällen jedoch, wo diese Propaganda sich auf den Boden der Tatsachen begibt und versucht, diese im Sinne ihrer Propaganda umzubiegen, da soll man ihr klar und scharf entgegenreten. Ein solcher Fall — es ist nicht der einzige, aber ein äußerst bedeutsamer — liegt vor in der Kanzlerrede vom 10. Februar d. J. Danach soll Hilferding die Inflation verschuldet haben. Eine größere Vergewaltigung der geschichtlichen Wahrheit als diese Behauptung dürfte schlechterdings kaum möglich sein.

Es soll hier nicht eine Geschichte der Inflation geschrieben werden. Aber es ist vielleicht nicht unangebracht zu betonen, daß als Hilferding damals Finanzminister wurde, die Inflation schon längst im Gange war. Gemäß hat sie unter seiner Ministerenschaft den Höhepunkt erreicht, aber wie das gekommen ist, darüber kann vielleicht am besten der ehemalige Staatssekretär des damaligen Reichskanzlers Cuno, Dr. Hamm, der spätere Reichswirtschaftsminister, Auskunft geben.

Unter Hilferdings Ministerchaft hat aber die Inflation nicht nur ihren Höhepunkt, sondern auch ihr Ende erreicht. Und aus diesen Tagen möchte ich hier eine Episode schildern, die ich als Teilnehmer miterlebt habe und die am besten geeignet sein dürfte, zu beweisen,

daß der gegen Hilferding erhobene Vorwurf nicht nur unwahr, sondern geradezu unsinnig ist.

Es war in den Tagen des Abbruchs des Ruhrkampfes. Hunderttausende von Arbeitern und Angehörigen im besetzten Gebiet, die sich bis dahin notdürftig von den Unterstügungen aus völlig entwertetem Papiergeld über Wasser gehalten hatten, lagen auf der Straße. Sie, die den schweren und mit ungeheuren Opfern verknüpften Kampf gegen die oftmals raffinierten Schikanen und Grausamkeiten der Besatzungsarmee geführt hatten — geführt hatten mit Wunsch und Willen der deutschnationalen Regierung Cuno, allerdings nicht dieser zu Gefallen, sondern um des deutschen Reiches und Volkes willen —, sie hatten gehofft, daß die Regierung ihnen nun auch noch über die nächsten Wochen hinweghelfen würde: Diese Hoffnung wurde grausam zerstört!

Das Reichsfinanzministerium verweigerte jede weitere Unterstützung, und an der Spitze des Ministeriums — stand Hilferding!

Wir vom ADGB, d. h. Graßmann und ich (irre ich nicht, war auch Heinrich Meyer-Düffel, unser Bezirkssekretär, dabei), gingen daraufhin zu Hilferding persönlich, um für die ausgebluteten Kampftruppen wenigstens etwas herauszuholen: Auch unseren eindringlichen Vorstellungen setzte Hilferding ein starres „Nein!“ entgegen. Er begründete es damit, daß er, sagte (dem Sinne nach):

„Zahlen wir nur noch eine Woche Unterstützung, dann fällt auch die Rentenmark ins Wasser!“

Wir sind damals mit tiefem Groll im Herzen aus dem Finanzministerium fortgegangen. Nicht nur, weil wir wußten, daß sich nunmehr die ganze Empörung und Enttäuschung der im Stich gelassenen Kämpfer auf die Gemerkschaften abladen würde, sondern auch weil wir darin ein tatsächliches Unrecht gegen die Arbeiter erblickt haben. Wir sind mit der Zeit darüber hinweggekommen. Aber man stelle sich vor:

Der Minister Hilferding, um die neue Währung unter allen Umständen zu sichern, lehrt selbst vor einem Akt scheinbarer Grausamkeit gegen eine Arbeiterschaft nicht zurück, die in einem geradezu heroischen Kampf Volk und Vaterland vor dem Zusammenbruch gerettet hat, eine Arbeiterschaft, die ihm zum großen Teil politisch nahesteht — und einen solchen Minister wagt man öffentlich zu beschuldigen, daß er die Inflation verschuldet habe!

Aus unserer Kenntnis der Dinge fügen wir noch folgendes hinzu:

Genosse Hilferding erhielt als Reichsfinanzminister Einblick in die Kosten des Ruhrkampfes, seine Finanzierung und über den wahren Stand der Reichsfinanzen am Ende des Ruhrkampfes. Er hat in einer tapferen Rede im Reichstag den Schleier von diesen Dingen gezogen, er hat dem Volke die ungeschminkte Wahrheit gesagt!

Die Konsequenz seiner Haltung war der unerbittliche Wille zum Widerstand gegen alle Bestrebungen, die Notensprelle weiter arbeiten zu lassen. Hilferding wurde nicht nur von den Gewerkschaften beauftragt, sondern in erster Linie von den Ruhrindustriellen und von weitesten Kreisen des Mittel-

standes, die damals nur noch von der Notensprelle lebten! Trotz dieses gewaltigen Drucks hat Hilferding mit aller Energie an der Stabilisierung festgehalten. Die Legende, daß er die Inflation gemacht habe, ist eine ungeheuerliche Verdrehung der Tatsachen.

Was sagt Hitler?

Nazis gegen Verstaatlichung der Großbanken

Vor einiger Zeit hatten die Nazis im Bayerischen Landtag — wie auch im Reichstag und in anderen Parlamenten — einen Antrag auf Verstaatlichung der Großbanken eingebracht. Während sie aber im Reichstag durch Auflösung um eine Abstimmung herumkamen, passierte ihnen im Bayerischen Landtag das Unglück, daß dieser Antrag ausgerechnet wenige Tage nach der Machtergreifung Hitlers zur Abstimmung gestellt wurde.

Nun war guter Rat teuer. Dafür konnten sie nicht gut stimmen, denn dann hätten Hugenberg und Papen im Reichskabinett einen Heidenstrich geschlagen. Dagegen konnten sie noch weniger stimmen, denn ein so offensichtliches Preisgeben einer ihrer Hauptparolen im entscheidenden Augenblick wäre auch den eigenen Anhängern aufgefallen. Was taten sie also? Sie änderten ihren Antrag ab, so daß er nicht mehr die Verstaatlichung der Großbanken verlangte, sondern nur noch ihre Unterstellung unter „Staatsaufsicht“. In dieser harmlosen Fassung wurde der Antrag mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Sozialdemokraten angenommen.

Aber auch dieser Beschluß des Bayerischen Landtags ist den großkapitalistischen Bundesgenossen Hitlers noch sehr un bequem. Die schwerindustrielle „Deutsche Allgemeine Zeitung“ führt bewegliche Klage darüber, daß sich die Wirtschaft nicht erholen könne, solange noch Zweifel über den wirtschaftspolitischen Kurs bestehen, den die Regierung steuern will. Es lägen ausdrückliche Zusagen Adolf Hitlers vor, wonach er an keinerlei

Rede-Inflation



„Reden, Reden, nichts als Reden. Davon werden wir auch nicht satt.“

Verstaatlichung des Bankwesens, besonders auch nicht der Großbanken denke. Dann dürften sich aber auch die Nazis in Bayern nicht solche Extratouren leisten. Es sei notwendig, daß der Reichskanzler seine überragende Autorität in der Partei einsetzt, um in der bayerischen Landtagsfraktion nach dem Rechten zu sehen.

Wir zweifeln nicht daran, daß Herr Hitler dieser freundlichen Aufforderung ungehört nachkommen wird.

Komintern und Einheitsfront KPD.-Kompromiß erlaubt

An Stelle des zuerst angefordigten Chefredakteurs der „Stweitsa“ hat im Mostauer Rundfunk als Vertreter der Komintern ein Lehrer vom Marg-Engels-Institut über das heutige Deutschland gesprochen. Zunächst zitierte er Ansprachen sozialdemokratischer Führer in Deutschland. Besonders ausführlich den Vorschlag eines „Richt-Angriffspaktes“ zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten. Dann führte der Redner aus: Die Einheitsfront sei in Deutschland eine Frage zunächst einmal der Ueberwindung gegenseitigen Mißtrauens. Nun fragte der Redner, ob Kompromisse im allgemeinen mit der kommunistischen Ideologie zu vereinbaren seien: im Grunde genommen nein. Dann niemals könne der Kommunismus denselben Weg gehen wie die Sozialdemokratie und niemals können die politischen Linien der beiden Parteien dieselben sein. Aber tatsächlich sei die Lage in Deutschland augenblicklich so, daß man von einem Sonderzustand sprechen könne, der besondere Beschlüsse schaffe. Italien sei das abschreckende Beispiel, und wenn die Aktionsfähigkeit der Arbeiter im entscheidenden Augenblick gehoben werden könne, dann seien selbst Kompromisse rein aktueller Art und auf bestimmte Zeit beschränkt — eine dringende Notwendigkeit. Die Lage in Deutschland sei eben heute so, daß für die KPD. vielleicht auch besondere Bestimmungen, die für kommunistische Theoretiker anderer Länder nicht zutreffen, gelten könnten. Doch die Einheitsfront geschaffen werden müsse, sei klar. Es frage sich nur, welcher Weg dazu der beste und vor allen Dingen der schnellste sei.

Der neue Beamtenschub

Die Liste wächst — Bürgerliche Proteste

Die Liste der von Göring zwangsweise lauteten Beamten in der inneren Verwaltung und in der Polizei ist weiter gewachsen. Wir tragen noch: Regierungspräsident Stieler-Wachen, Polizeipräsident Barth-Hannover, Polizeipräsident Wende-Baldenburg, Polizeipräsident Raier-Stettin, Polizeipräsident Eich-Breslau, Polizeioberleutnant Wagner-Baldenburg, Polizeioberst Harlinghausen-Bochum, Landjägereimajor Schäfer-Wiesbaden, Polizeimajor v. Seidlich-Wiesbaden.

Es handelt sich um Teil um unpolitische Beamte, zum Teil um Angehörige der Staatspartei, der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei.

Dies Vorgehen hat selbst bei der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ Entsetzen hervorgerufen. Sie schreibt:

„Schon die Frage der Komierbefehung kann doch mit der Methode des Massenmordes allein nicht gelöst werden. Um ein kleines Beispiel zu nennen: Der Tennismeister Frohheim, seines Zeichens Polizeipräsident von Wiesbaden, sicher ein gut nationaler Mann, soll abgesetzt werden, weil er in der Vergangenheit gelegentlich nationalsozialistische Aufmärsche nicht zugelassen hat. Oder: Die Junkzeitung des Stahlhelms fordert die Entziehung des Intendanten des Deutschlandsenders Professor Dr. Schubog durch den Propagandachef des Bundes der Frontsoldaten Dr. Hans Hubotter. Und das im Zeichen der aufsehenerregenden Rede des zweiten Bundesführers Duesterberg, der sich mit so kräftigen Worten gegen die Postenjägerie gewendet hat. Wäre es nicht möglich und angebracht, diese Denunziationen, die gewiss nicht im Sinne der wirklichen Führer der Reichsregierung liegen, einzuschränken oder beiseite zu schieben? Ein Landrat, der mit einem örtlichen SM-Führer Krach gehabt hat, kann unter Umständen trotzdem ein höchst brauchbarer und tüchtiger Beamter sein. Bei den Stellenbefehungen, die manchmal die tragikomischsten Hintergründe haben, — aber ebenso in den großen wirtschaftspolitischen Entscheidungen wäre die Mitwirkung und Berücksichtigung der gemäßigten Rechten im Staatsinteresse nützlich und erwünscht. Der Sturm auf die Schreibische der Amtsstuben hat beängstigende Formen angenommen, und wenn wir der östlichen Landwirtschaft auch alles erdenkliche Gute wünschen, kann doch nicht übersehen werden, daß es im weiten Deutschen Reich auch noch einige andere Berufe und Gegenden gibt, die der Lehre

von der Gleichheit des Staatsbürgers vor dem Gesetz zugetan sind.“

Um Artikel 130 der Verfassung

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Frankfurt a. M., 13. Februar.

Unter der Ueberschrift „Parteiregiment“ schreibt die „Frankfurter Zeitung“ über die Amtsenthebungen der Preußenkommissare:

„Der Artikel 130 der Verfassung, der die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit der Beamten gewährleistet, scheint angesichts der praktischen Personalpolitik des Herrn Göring langsam zu einer deutschen Sage zu werden. Auch die Provinz Hessen-Nassau ist mit der besonderen Aufmerksamkeit der neuen Herren im preussischen Innenministerium beglückt worden. Innerhalb weniger Stunden sind zwangsweise beurlaubt worden die beiden Regierungspräsidenten der Provinz, der Polizeipräsident von Frankfurt a. M. und der Landrat des Main-Taunus-Kreises. Das sind jene Beamte, die zu den tüchtigsten überhaupt gehörten.“

Wir sind nicht in den Vereinigten Staaten, wo mit jedem Regierungswechsel ein ganzer Troch von Beamten gehen muß, um den Wünschen eines neuen Kurses Platz zu machen. Wir haben in Deutschland ein Berufsbeamtentum mit verfassungsmäßig gesicherten Rechten. Wenn es dem Nationalsozialismus einfallen sollte, diese Rechte einfach zu verschlucken, so würde er sich wohl bald wundern, was er an diesen Bissen zu würzen hätte.

Zuhaus hat man verdiente Männer von ihren Kerkern entfernt. Ueberall waren es die gleichen Methoden und die gleichen Motive. 14 Jahre lang haben die Nationalsozialisten gegen das Parteiregiment der Republik gestritten und gewettert in Ausdrücken, deren öffentliche Wiederholung heute alsbald zur Unterdrückung jeder Zeitung, die das nachdrücken würde, führen müßte. Jetzt sind sie selbst an der Macht. Jetzt könnten sie zeigen, wie man es „christlich“, „sauber“, „unparteilich“ macht als die schlimmsten Republikaner. Und dies also sind ihre ersten Taten?

Wir möchten wissen, was Herrn Sedering widerfahren wäre, wenn er jemals gewagt hätte höhere Polizeioffiziere zum Abschied zu drängen, mit der Begründung, der Adressat „besitze nicht mehr das Vertrauen des Ministers“. Rebhaft stellen wir uns den Entrüstungsturm im nationalsozialistischen Blätterwald vor, den dies eintfacht hätte. Es ist damals nicht geschehen. Jetzt geschieht es! In der Tat, nationalsozialistische Minister können es besser: nämlich das Parteiregiment!

Aufmarsch in Leipzig

Bürgertum feiert Wagner — die Eiserne Front den Kampf

Eigener Bericht des „Vorwärts“

Leipzig, 13. Februar.

Zur selben Stunde, als Hitler neben Winfried Wagner an der Richard-Wagner-Feier im Leipziger Gewandhaus teilnahm, marschierte die Leipziger Arbeiterschaft von zahlreichen Sammelplätzen in imposanten Zügen nach dem Reckplatz. Mindestens 30 000 Männer und Frauen demonstrierten ihrer Kampfwillen gegen Unterdrückung und Reaktion. Die gewaltige Menge legte ein begeistertes Bekenntnis zur Sozialdemokratischen Partei ab und gelobte, alle Kraft für ihren Sieg einzusetzen. Reichstagsabgeordneter Franz Künstler-Berlin erklärte in seiner Ansprache u. a., so wenig Bismarck und Wilhelm II. mit der Sozialdemokratie fertig geworden sind, so wenig werde Adolf Hitler sie überwinden; es werde der Tag kommen, wo auch er vor der Sozialdemokratie kapitulieren muß!

In Disziplinierter, stramm geordnetem Rüd-marsch zogen die Demonstranten nach den Bezirken und Vororten, überall von dichten Zuschauerspallieren auf das herzlichste begrüßt.

Vor der deutschen Volkshaus in Madrid demonstrieren Antorabitalen gegen die jetzige deutsche Regierung. Es wurden Steine geschleudert, die Zivilgarde griff ein, zwei Schüsse fielen, zwei Verhaftungen wurden vorgenommen. Schnell war es in Lima (Peru).

